

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Druck befindliche Bezüge für Frankreich, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-9

Die neungespaltene Kompartiments- oder Beleg-Karte kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung, kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung, laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf um die Deutschen Werke

Die Arbeiter bei Kollat

Berlin, 14. November.

Die Vertreter des Gesamtbetriebsrates des Werkes Spandau der Deutschen Werke A.-G. unter Führung des Vorsitzenden Lütz haben heute im Auftrage der deutschen Arbeiterschaft mit General Kollat verhandelt. Bei der Besprechung war auch General Bingham zugegen. In der mehrstündigen Besprechung begründete der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats die Forderungen der Arbeitnehmer, die auf Zurückziehung der seit September 1921 gegen die Deutsche Werke A.-G. erlassenen Noten abzielten. Die Vertreter der Arbeiterschaft ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf Erfüllung ihrer Forderungen bestehen würden. General Kollat versprach, die von den Arbeitnehmervertretern gegen die Ententemaßnahmen vorgebrachten Gründe der Vorkonferenz zu übernehmen, da er diese Gründe für Aufhebung der Noten durchaus würdige.

Die Arbeitnehmer haben ihre weitere Haltung davon abhängig gemacht, ob die alsbaldige Rücknahme der Noten durch die Vorkonferenz erfolgt.

Die Note der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Deutschen Werke ist gestern dem General Kollat überreicht worden.

Beratungen des Reichskabinetts

Berlin, 14. November.

Das Reichskabinett, das heute nachmittags zu einer Sitzung zusammentrat, behandelte die schwebenden Fragen der Reparationsverhandlungen und der Kreditaktion der Industrie; an den Beratungen nahmen außer den Ministern die Staatssekretäre der verhandelnden Ressorts teil. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen nachmittags fortgesetzt. Ueber die Besprechung mit der Reparationskommission gehen in der Presse die verschiedensten Gerüchte um. Hierzu wird festgestellt, daß alle Mitteilungen über die Verhandlungen auf Kombinationen beruhen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verwirren. Solange die Verhandlungen dauern, können amtliche Erklärungen darüber aus Gründen des Staatsinteresses nicht erfolgen. Alsbald nach Abschluß der Beratungen wird ihr Ergebnis bekanntgegeben werden. Gegebenenfalls wird die Regierung im Reichstag Mitteilung machen.

Gegen die Finanzmißwirtschaft

Am zweiten Tage der Konferenz der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der Provinz Brandenburg, am Sonntag, den 13. November 1921, wurde nach einem Referat des Genossen Dr. Breitscheid und eingehender Diskussion folgende Resolution angenommen:

Eine neue Teuerungswelle, an Höhe und Wucht alle früheren übertreffend, ist über die deutsche Wirtschaft hereinbrochen. Gleichzeitig sieht sich die deutsche Regierung einem Defizit gegenüber, das mit den Mitteln der bisherigen Steuerpolitik nicht gedeckt werden kann. Die Teuerung trifft mit voller Schärfe die Arbeiterschaft, während die Produzenten und Händler die Preise der Geldentwertung anpassen können. Die gemeinsame Ursache der Teuerung und des Finanzlebens ist die bisherige Finanzwirtschaft. Lohn- und Gehaltssteuern und die Steuern des Massentums sind fast die einzigen Einnahmequellen des Reiches, während der Besitz, insbesondere an gewerblichen und landwirtschaftlichen Sachgütern unangestraft geblieben ist. Was dem Reiche an Steuern fehlt, muß die Notenpresse decken. Die Folgen sind Vermehrung der Geldzeichen, Sinken des Geldwertes, Zerstörung der deutschen Wälua mit allen ihren spekulativen Begleiterscheinungen. So steigen die Aufwendungen für ausländische Rohstoffe und Lebensmittel und zur Beschaffung der Devisen zur Erfüllung des Friedensvertrages ins Unermessliche.

Seien kann nur die Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Staatshaushalt. Dies ist mit den Mitteln der bisherigen Steuerpolitik nicht möglich. Nur ein Rückgriff auf die steuerlich bisher verschont gebliebenen Sachwerte in Handel, Industrie und Landwirtschaft sichert das Gleichgewicht zwischen Staatsausgaben und -einnahmen und die Möglichkeit, ohne Benutzung der Notenpresse die nächsten Reparationszahlungen zu leisten.

Daneben bleibt die selbstverständliche Pflicht bestehen, durch eine Reihe von Maßnahmen, wie beschleunigte Einhebung des Reichsnotopfers, unerbittliche Eingliederung der bereits ausgeschriebenen Steuern, Erlassung der Auslandsdevisen und Erhöhung der Ausfuhrabgaben alle erreichbaren Mittel flüssig zu machen.

Dieser Notwendigkeit einer großzügigen steuerlichen Erfassung der Sachwerte gegenüber stellt sich das Kreditangebot der deutschen Industrie als ein schamloser Versuch dar, nicht dem Reiche die Sachwerte des Privatkapitals, sondern dem Privatkapital die Sachwerte des Reiches auszuliefern. Zugleich charakterisiert sich dieses Kreditangebot als ein Versuch, die absolute Herrschaft des Großkapitals über den Staat aufzurichten.

Die am 12. und 13. November 1921 im Gewerkschaftshaus zu Berlin versammelten Vertreter der Ortsausschüsse des Allgemeinen

Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der Provinz Brandenburg erblicken in der Zustimmung des Reichsverbandes der deutschen Industrie an die Gewerkschaften, ihnen bei diesem wirtschaftlichen und politischen Raubzug beifällig zu sein, eine freche Verhöhnung der freigeistlichen Arbeiterschaft.

Sie richten an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Allgemeinen freien Angestelltenbund die Aufforderung, bei der Regierung den Verhören der Schwerindustrie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie müssen die Öffentlichkeit und insbesondere die gesamte Arbeiterschaft aufrufen, den Verhören der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterschaft aufzuhallen und dafür zu sorgen, daß das Kapital als der Kuhnhebel des Krieges wie des Nachkriegslebens endlich in solchem Ausmaße durch die Erfassung der Sachwerte herangezogen wird, wie es zur Herstellung unserer finanziellen Gesundheit notwendig ist.

Die Beamten gegen das Großkapital

Berlin, 14. November.

Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigt und wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, die Not des Reiches auszunutzen, um die Reichseisenbahnen und die übrigen Reichsbetriebe, den wertvollsten Besitz des deutschen Volkes, in die Privatband zu bringen. Die Kreditaktion, die ursprünglich als eine patriotische Großtat ausgegeben wurde, soll nunmehr zur Stärkung einseitiger politischer Macht benutzt werden. Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig ist, kann ohne Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hand des privaten Großkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden. Mit der Eisenbahnbeamtenchaft sind auch alle anderen im Deutschen Beamtenbund organisierten Beamten darüber einig, daß dieser selbstständige, mit dem Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen Mitteln abgewehrt werden muß.

Die Reise Lerchenfelds

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 14. November.

Nach der Rückkehr des bayerischen Ministerpräsidenten Lerchenfeld von Berlin bringen die Münchener Blätter nichtsagende Berichte über den Zweck der Reise. Es seien hauptsächlich nur Ernährungsfragen besprochen worden. Mit dem Reichsjustizminister habe Lerchenfeld über die Aufhebung der bayerischen Sondergerichte gesprochen, die Frage sei aber zurückgestellt worden bis zur Entscheidung über die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, die in kurzer Zeit zu erwarten sei.

Von amtlicher Seite wird mit aller Entschiedenheit bestritten, daß Fragen, die die bayerische Reichswehr und die Kundgebung des Extronprinzen Rupprecht anlässlich der Beisehung des ehemaligen bayerischen Königs oder die Haltung der bayerischen Regierung zu dieser Kundgebung betreffen, erörtert worden sei. Alle dahingehenden Nachrichten wären Erfindung.

Wir wollen uns an dem großen Rätselraten über den Zweck der Berliner Reise nicht beteiligen. Daß es sich aber nicht nur um Ernährungsfragen, sondern auch um wichtige politische Fragen bei den Berliner Besprechungen gehandelt hat, geht schon daraus hervor, daß der Ministerpräsident, nachdem er heute im Ministerrat Bericht über die Berliner Besprechung erstattet hat, morgen den Koalitionsparteien Bericht geben wird, und daß am Mittwoch anstelle der vorgesehenen Finanzdebatte eine große politische Aussprache im bayerischen Landtag stattfinden wird. Wir haben begründete Ursache anzunehmen, daß die Berliner Besprechungen nicht ganz so harmlos waren, wie sie von der Presse und von bayerischen amtlichen Stellen dargestellt werden.

Die Mörder von Gareis festgestellt

Aus Wien kam vor kurzem die aufsehenerregende Meldung, daß der Mörder Erzbergers, Tilleßen, von einem anderen Reichsdeutschen ermordet und in der Nähe von Graz aufgefunden worden sei. Jetzt ist festgestellt, daß der Ermordete nicht Tilleßen ist, sondern Hans Schweighardt aus Alt-Dachau (Bayern) und der Täter Hermann Berthold, Sohn eines Münchener Rechtsanwalts. Aus Wien wird nun weiter gemeldet, daß Berthold von der Staatsanwaltschaft München wegen Mordes, Schweighardt wegen Mittäterschaft verurteilt wurde. Handelt es sich hier um den Schweighardt, der im Herbst vorigen Jahres an der Ermordung des Dienstmädchens Sandmayer im Forstrieder Park bei München beteiligt war und das man durch die „Teme“ der Münchener Post zum Tode verurteilt hatte, weil es Waffenlager der Einwohnerwehr verraten haben soll? Oder ist es sein Bruder, der im Verdacht steht, an der Ermordung des U.S.P.-Abgeordneten Gareis beteiligt gewesen zu sein?

Warum schweigt die Münchener Post? In Wien weiß man, warum Schweighardt und Berthold, die beide dem Freikorps Oberland angehören, von der Polizei gesucht wurden. In München darf man es nicht wissen.

Entschlüsse tun not!

Warum die Reparationskommission eigentlich nach Berlin gekommen ist, läßt sich schwer verstehen. Man hat den Eindruck, daß die Erhebungen, die sie hier veranstaltete, sich ebensogut in Paris hätten machen lassen. Ihre Reise erweckte nur allerhand Illusionen, denen jetzt wieder eine um so tiefere Enttäuschung folgen wird.

Wer die jüngsten Finanzdebatten in der französischen Kammer verfolgte und insbesondere die Rede des Berichterstatters der Budgetkommission, des Herrn de Lasterrie, las, mußte freilich erkennen, daß es unsinnig sei, irgendwelche Hoffnungen auf die Kommission zu setzen, aber da man so gern glaubt was man wünscht, wurde doch von einer zu erwartenden Revision des Ultimatums geredet, und die Bescheideneren träumten wenigstens von einer Art Moratorium, einer Hinausschiebung der nächsten Zahlungsstermine. Das alles ist nun zu Wasser geworden. Die Vertreter der Entente bestehen unerbittlich auf ihrem Schein: Deutschland muß zahlen, und zwar in den vorgeschriebenen Fristen. Das sollte, wie es heißt, der Regierung zuerst in feierlicher Form durch eine Note kundgetan werden, später beschloß die Kommission, dem Reichskanzler diese Eröffnung mündlich zu machen.

Auch die Vermutungen über eine Meinungsverschiedenheit zwischen den englischen und französischen Mitgliedern sind falsch. Die Gläubiger sind einig, und so kommt Deutschland nicht um die Notwendigkeit herum, zunächst am 15. Januar 1922 fünfshundert Millionen Goldmark an die Alliierten abzuführen. In der Pariser Presse wird behauptet, der schamlose Erpressungsversuch der Industrie habe die auseinanderstrebenden Teile der Kommission wieder zu einer festen Front zusammengeführt. Ob das zutrifft, läßt sich nicht nachprüfen. Soviel aber steht fest, daß das Kreditangebot mit seinen Bedingungen, die die amtliche französische Devisenagentur „Jandalo's“ nennt, die Stellungnahme der Reparationskommission nicht in günstigem Sinne beeinflusst hat.

Von Seiten der Entente ist also nichts zu erwarten, und die Regierung befindet sich in einer Situation, in der schnelle Entscheidungen getroffen werden müssen. Bis zur Stunde hat sie den großkapitalistischen Kreditgebern noch keine Antwort erteilt, aber es darf wohl als sicher gelten, daß sie die freundliche Offerte dieser politischen Wegelagerer ablehnen wird. Selbst wenn sie sich nicht von Anfang an über diese Selbstverständlichkeit im klaren gewesen wäre, müßte sie der Widerhall, den die Forderungen des Reichsverbandes der Industrie in der Öffentlichkeit erweckt haben, zu einem entschlossenen Nein bestimmen.

Nicht nur die sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaften protestieren, die Beamten schließen sich an, und bis weit in die Reihen des Bürgertums hat die Aktion der Stinnes und Genossen Widerpruch hervorgerufen. Auf dem demokratischen Parteitag zu Bremen schlugen mehrere Redner recht scharfe Töne über die Ausbeutung der Notlage der deutschen Republik an, und nicht einmal Herr Stresemann hat es in seinen letzten Versammlungen gewagt, dem Vorgehen der Leute, die ihm doch sonst so nahe stehen, zuzustimmen. Er ist klug genug, zu erkennen, daß sie ihre Absichten gar zu offen entpült haben. Die Brutalität des Auftretens der Industriellen verbietet es der Deutschen Volkspartei, die doch auch der Wählerstimmen nicht entzihen kann, vor aller Welt den Standpunkt ihrer Geldgeber zu vertreten.

Kun besteht aber noch eine Gefahr und das ist die, daß die Regierung bereit wäre, neue Verhandlungen mit den Eigentümern des großen Geldsacks anzuknüpfen. Die Eisenbahnen sollen ihnen nicht ausgeliefert werden, vielleicht begnügen sie sich mit irgend einem anderen Gegenwert oder einem anderen Zugeständnis. Darüber müßte geteilt werden.

Wir warnen aufs dringendste vor der Betretung dieses Weges. Es würde unnütze Zeit veran, und die Regierung würde bei den kapitalistischen Herrenmenschen nur den Eindruck der Schwäche erwecken. Deren ganze Rechnung gründet sich auf die Ueberzeugung, daß das Kabinett nicht die Kraft und den Mut besitze, ihnen zu trotzen, und jedes Zeichen von Nachgiebigkeit wird ihnen den Rücken steifen. Die Regierung muß endlich zu erkennen geben, daß sie die „Opferwilligkeit“ des Stinneskonzerns durchschaut hat, daß sie weiß, wie es ihm nicht um die Rettung des Staates, sondern um seine Beherrschung zu tun ist. Der Reichsverband sucht nur nach Vorwänden, um sich jeder Leistung zu entziehen. Das begann schon bei der Eröffnung seiner Münchener Tagung, als sein Vorsitzender Dr. Sorge stolz verkündete, er habe dem amerikanischen Finanzmann Banderlip erklärt, daß man auf amerikanische Kredite verzichte, wenn die Intelligenz der Vereinigten Staaten nicht aushöre, an das „Märchen“ von der deutschen Kriegsschuld zu glauben, und dieses Märchen ist mit allerlei taktischen Wendungen die ganzen Monate hindurch fortgeführt worden.

Es ist hohe Zeit, dem Treiben ein Ende zu machen, und das kann nur geschehen, wenn das Kabinett die Verhandlungen abbricht und mit selbstständigen Vorschlägen zur Hebung der Finanznot hervortritt.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am Donnerstag statt, und der Reichstagspräsident dürfte die Gelegenheit benützen, um vor dem Plenum oder zum mindesten vor dem Steuer- aus- schuß nicht nur über das Ergebnis der in den letzten Tagen gepflogenen Besprechungen zu berichten, sondern gleichzeitig auch die Maßregeln anzukündigen, die er nach dem Scheitern der Kreditaktion zu ergreifen gedenkt. Daß diese nur in der Erfassung der Goldwerte bestehen können, sollte weder Herr Wirth noch sonst jemandem zweifelhaft sein. Der Anschlag des Privatkapitals auf die Sachwerte des Reichs ist nur mit dem Vorstoß des Reichs gegen die Sachwerte des Privatkapitals zu beantworten. Etwas anderes gibt es nicht.

Hat die Regierung noch Bedenken wegen der politischen Konstellation und der Haltung der Parteien? Wir halten sie für unangebracht. Heute, nachdem sich das wahre Gesicht der Industrie so deutlich enthüllt hat, ist der Widerstand gegen rücksichtsloses Zugreifen leichter zu brechen als vordem, und frisches Wagnis bedeutet schon den halben Erfolg. Sollte sich aber wirklich in diesem Reichstag Stinnes als der stärkere erweisen, sollte er gar Verbündete an den aufs neue mit Stegerwalds Führung beglückten christlichen Gewerkschaftern finden, dann muß der Kampf auf ein anderes Gebiet getragen werden. Dann soll die Regierung das Volk befragen. Unter allen Umständen darf sie darüber nicht im Zweifel sein, daß das sozialistische Proletariat nicht nur die Ueberantwortung der Eisenbahnen an das Privatkapital mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern, sondern auch alles tun wird, um die Leistungsfähigen zur Uebernahme der Lasten zu zwingen, die durch ihre Schuld der deutschen Republik auferlegt sind.

Deutsche Milliardenguthaben im Ausland

Die „Chicago Tribune“ vom 6. November veröffentlicht folgenden beachtenswerten Telegramm aus dem Haag vom 5. November:

Die Berichte über die angeblichen finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands nimmt man hier skeptisch auf. Man weiß daraus hin, daß Deutschland von dem in Holland eröffneten Exportkredit von 200 Millionen Gulden bisher nur 40 Millionen in Anspruch genommen habe, wogegen ein holländischer Konzern kürzlich von dem Berliner Bankhaus Mendelssohn einen Kredit von einer Million Gulden erhielt. Die geringe Inanspruchnahme des holländischen 200-Millionen-Kredits wird darauf zurückgeführt, daß die deutschen Bankiers sich in einer starken finanziellen Position befinden und bei der Finanzierung von Exporten den Vorrang haben. Sie vermeiden dadurch auch die Regierungskontrolle über ihre Transaktionen. Aus Exportab- schlüssen wurden enorme Beträge in holländischer Währung auf deutsche Guthaben bei holländischen Banken eingezahlt, ohne daß sie abgehoben werden.

Diese Mitteilungen erscheinen durchaus zutreffend. Sie bestätigen die von uns wiederholt aufgestellte Behauptung, daß der Export für die deutschen Kapitalisten ein bestes Mittel der Kapitalflucht ist. Bedenkt man, daß es einer einzigen deutschen Bank eine Leichtigkeit war, einem ausländischen Unternehmen einen Kredit von einer Million Gulden, das sind hundert Millionen Mark, in Holland zu eröffnen, so kann man sich einen Begriff von dem allein nach Holland verbrachten deutschen Werten machen.

Eine Regierung gegen die Arbeiter

Eine „festgeschlossene Abwehrfront“ in Preußen

Die Deutschnationalen haben gegen das Kabinett Braun ein Mißtrauensvotum eingebracht, das mit der Behauptung begründet wird, das Kabinett entspreche in seiner Zusammen- setzung den nationalen Interessen des Landes nicht und gefährde den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Preußens. Die Deutsche Volkspartei, die es mit den Deutschnationalen nicht verdrängen will, ist bemüht, dieses Miß- trauen zu beseitigen. In der Nationalliberalen Korrespon- denz, dem offiziellen Presseorgan der Volkspartei, wird den Deutschnationalen eindringlich ins Gewissen geredet, der neuen preussischen Regierung doch keine Schwierigkeiten zu machen. Sie entspreche durchaus den nationalen Interessen des Landes. Dann heißt es weiter:

„Die jetzt gebildete Koalition ist zum mindesten der Versuch, den innerpolitischen Kampf in Preußen auszuschalten und die Voraussetzung für eine praktische und fruchtbare Regierungs- politik zu schaffen. Eben deshalb wird sie von der äußersten Lin- ken angegriffen, denn sie legt den unterirdischen Wühlereien der Kommunisten und Unabhängigen eine fest geschlossene, von Arbeit- tern mitgebildete Abwehrfront entgegen. Uns dünkt, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft zum Schutze der inneren Ruhe und Ordnung und zur Abwehr aller Wühlereien und Un- zurechnlichkeiten einzig und allein den nationalen Interessen des Landes entspricht, selbst wenn sie vom Standpunkt einer ausge- sprochenen Rechtspolitik aus nicht die Erfüllung aller Wünsche be- deutet.“

Aus diesen Auslassungen geht klar hervor, daß die neue preussische Regierung eine scharfe Kampfstellung gegen die Arbeiter einnehmen wird. Was die „unterirdischen Wühlereien“ anlangt, so ist damit natürlich nichts weiter gemeint als der energische Kampf, den unsere Partei gegen die Machenschaften der Industrie und der Steuer- brüderberei. Dieser Kampf soll unter- bunden werden, denn die Brutemacher um Stinnes brauchen Ruhe und Ordnung, um ungehindert verdienen zu können. Für die Rechtssozialisten aber ist es schimpflich, daß sie sich in eine derartige „Abwehrfront“ einreihen lassen. Stinnes triumphiert! In dem Augenblick, wo der ein- heitliche Kampf aller Arbeiter gegen die Front der Aus- beuter das dringendste Gebot der Stunde ist, vertieft die rechtssozialistische Partei die Spaltung der Arbeiterbewegung und leitet einen Teil der Arbeiter an eine Regierung, deren Aufgabe es ist, die kapitalistische „Ordnung“ des Herrn Stinnes zu sichern.

Flachsmann hängt Kaiserbilder auf

Der neue preussische Kultusminister, die Zierte des Kabinetts der großen Koalition, Herr Dr. Boellig, ist nicht nur theore- tisch ein Anhänger der „Kaiseridee“, er weiß sie auch, wenn es not- wendig ist, praktisch anzuwenden. Ihm hat es, seiner Grundanschau- ung entsprechend, Hofgeschmeizt, als infolge einer Verordnung Flachsmanns die Kaiserbilder aus den Schulen entfernt wurden und die veralteten Lehrbücher nicht mehr verwendet werden dür- fen. Als Flachsmann nach den preussischen Landtagswahlen zurück- getreten war, hatte Herr Boellig nichts Eiligeres zu tun, als eigenmächtig die Verordnung zu revidieren, daß in der Schule, deren Direktor er ist, die Kaiserbilder wieder aufgehängt und die Lehrbücher mit den Hohenzollernbildern und den kaiserlichen

Berichtungen der Monarchie wieder eingeführt wurden. Im Hauptauschuß des preussischen Landtages hat Herr Boellig sein eigenmächtiges Vorgehen als große Tat gefeiert und sie ge- wissermaßen als Vorbildlich für jeden deutschen Lehrer hingest- stellt. Seine Parteifreunde, die immer behaupten, daß die Gesetze beachtet werden müßten, stimmten ihm begeistert zu. Und dieser Mann ist jetzt preussischer Kultusminister, seine Partei stellt die stärkste Stütze des Kabinetts Braun dar. Arme deutsche Jugend!

Das Programm des Herrn Boellig

Unterrichtsdebatte im Hauptauschuß des Landtags

Der neue preussische Kultusminister Dr. Boellig stellte sich bei der Beratung des Kultusetats am Montag zum ersten Male dem Hauptauschuß des Landtages vor. Er entwickelte in einer Rede sein Programm, das bereits die Widersprüche aufzeigte, in denen sich das neue Kabinett der „großen Koalition“ bewegt. Vieles, was Dr. Boellig sagte, war dunkel und nach jeder Seite hin deutungsfähig. Er betrachtete sich, so sagte er, nicht als Parteiminister, sondern als Koalitionsminister. Der leitende Gedanke in den Schulen müsse der Staatsgedanke sein. Dem Geschichtsunterricht werde er deshalb be- sondere Beachtung schenken. Wir brauchen Tatsachenmaterial und Quellenbücher. Für ein monarchistisches Lesebuch habe er sich nie eingesetzt. Der religiöse Gedanke müsse wieder Geltung verschaffen. Wir müßten zurück zu jener alt- preussischen Kultur, die Selbstzucht und freudige Hingabe an den Staat bedeutete.

Wenn Herr Dr. Boellig behauptet, er habe sich nie für mon- archistische Lesebücher eingesetzt, so hat er damit eine Unwahrheit gesagt. Seine Potsdamer Rede, die er nicht weglassen kann, gipfelte in der Verherrlichung der Monarchie und in der tiefen Entrüstung darüber, daß aus den Schulen und aus den Schul- büchern die Kaiserbilder entfernt werden sollten. Es mag Herr Boellig gewiß peinlich sein, an diese Tatsache er- innert zu werden, aber als Kultusminister hat er sich damit un- möglich gemacht, und Ablehnungsversuche könnten ihn für das Amt des Unterrichtsministers nur noch ungeeigneter machen.

Genosse Holz griff denn auch in der Debatte Herrn Boellig scharf an. Er wies besonders auf den Umstand hin, daß diesem reaktionären Minister auch noch der frühere Minister Beder als Staatssekretär zur Seite gestellt worden sei. Damit habe Mi- nisterpräsident Braun, der diese Ernennung gutgeheißen habe, die oppositionelle Haltung seiner Partei gegen Baders Ministerstätigkeit desavouiert. Herr Dr. Boellig sei eingelassener Monarchist. Als solcher würde er dem Mißbrauch der Schule und dem anti- republikanischen Geist auf den höheren Schulen nicht entgegen- treten, er würde diesen Treibereien vielmehr, getreu seiner monar- chistischen Ueberzeugung, Vorschub leisten. Genosse Holz kündigte dem neuen Kultusminister und seinen Maßnahmen den allerhöchsten Kampf an.

Wem nützt die Koalition?

Die freche Provokation Hermes

Ein Vorfall der letzten Reichstagsitzung vom vergangenen Freitag gibt eine treffende Illustration der verhängnisvollen Folgen der Koalitionspolitik für die Arbeiterschaft und verdient daher besonders festgehalten zu werden.

Auf der Tagesordnung standen zwei Interpellationen. Die eine von den Deutschnationalen eingebracht forderte die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten, während die andere Interpellation von den Rechtssozialisten Maßnahmen gegen Teuerung und Mangel forderte. Die zwingende Notwendigkeit solcher Maßnahmen wurde auch durch unsere Genossen Warm in längerer Ausführungen, die eine Reihe von erschütternden Tatsachen enthielten, dargelegt.

Wie aber äußerte sich die Regierung zu dieser von einer an der Regierung beteiligten Partei eingereichten Interpellation? Als Regierungsvertreter rechtsfertigte Hermes zunächst die Auf- hebung der Zwangswirtschaft und erklärte, daß diese nur einem hochgeschwellten Nationalgefühl entspringen sei, aber mit dessen Abschwellen notwendigerweise auch hätte zusammenbrechen müssen. Diese Begründung wurde von den Rechtsparteien mit wieder- holtem „Sehr richtig!“ unterstrichen, wie überhaupt die ganze Ministerrede den fortgesetzten Beifall der äußersten Rechten des Hauses auslöste.

Hätte also Hermes die gewagtesten Gegengründe gegen die Rückkehr der Zwangswirtschaft und gegen deren Erhalt in dem noch bestehenden Umfang heran, so verfuhr er umgekehrt mit der rechtssozialistischen Interpellation. Zwar vermied er es ab- sichtlich, auch nur mit einem Wort auf die Ausführungen des rechtssozialistischen Interpellanten Krähig einzugehen, aber um so barschlicher wandte er sich gegen unsere Rednerin. Er schaute sich nicht, deren Darlegungen als „Schlagworte“ und „leere Phrasen“ zu bezeichnen.

Diese Freiheit löste bei den drei Arbeiterparteien einen Sturm der Entrüstung aus, bei dem es aber unmöglich bleiben kann. Denn wenn die Ausführungen der Genossin Warm Schlagworte und leere Phrasen waren, dann waren dies die Ausführungen des Rechtssozialisten Krähig nicht weniger, da unsere Genossin Warm das von diesem entworfene Bild über die Verelendung des Volkes nur ergänzte. Wir verzeichnen also die Tatsache, daß eine Regierung, zu welcher die Rechtssozialisten vier Minister stellen, die von dieser selben Partei erhobenen Anklagen als „Schlagworte“ und „leere Phrasen“ abtut. Das ist die erste sichtbare „Reinigung“ des sozialdemokratischen Ein- flusses, welchen sich der „Vorwärts“ von der neuen Regierung kurz nach ihrer Bildung verschrieben hat! Die Rede Hermes hat also klargestellt, daß die Regierung entschlossen ist, alle Forde- rungen selbst der rechtssozialistischen Partei hinsichtlich der Ernährungspolitik zu mißachten und den Weg weiterzugehen, den die deutschnationalen Agrarier von ihr fordern.

Was werden die Rechtssozialisten tun? Wollen sie diese freche Herausforderung eines Ministers ruhig hin- nehmen? Es ist klar, daß in diesem Falle die rechtssozialistische Reichstagsfraktion auf jede Vertretung der proletarischen Inter- essen verzichtet, weil jede von den Arbeiterinteressen bedingte Forderung die Koalition ins Wanken bringen könnte.

Generalfeldmarschall Ludwig

Genosse Künzler hatte im Reichstag die Anfrage eingebracht, ob die Regierung es billige, daß der republikanische Weh- rminister Geßler den Befehl erteilt habe, eine Ehrenkompanie der Reichswehr zur Beerdigung des verstorbenen Ludwig Mittelbach abzukommandieren. Am Freitag hat im Rufing der Reichs- regierung Major von Schlichter folgende Antwort erteilt:

„Der König Ludwig von Bayern hand in der alten Kamme- re dem Range eines Generalfeldmarschalls. Aus diesem Grunde wurden dem verstorbenen König und Generalfeldmarschall die üblichen militärischen Ehrenbezeugungen erteilt.“

Auf die Frage des Genossen Künzler, ob die Reichsregierung den Befehl Geßlers decken will, wurde keine Antwort erteilt. Ebenso schweigend die Regierung darüber aus, welche Maß- nahmen sie gegen einen Minister zu ergreifen gedenkt, der ganz offen als Werkzeug seiner Offiziere Teile der republikanischen Wehrmacht zu einer monarchistischen Demonstration abkommandiert. Halten Herr Wirth und seine rechtssozialistischen Kollegen die Antwort des Majors für ausreichend und mit den Interessen der Republik vereinbar? Billigen sie es, daß ehe- malige Fürsten, deren Nachhunger Millionen von Menschen gepflanzet wurden, die durch ihre verbrecherische Politik Deutschland in den Abgrund geführt haben, mit mittelalterlichem Pomp zu Grabe getragen werden und daß bei diesem die Republik verhöhnenden Rummel republikanische Truppen mitwirken?

Die Washingtoner Konferenz

Vor wichtigen Entscheidungen

EE. Washington, 14. November.

Hier glaubt man, daß morgen ein entscheidender Tag in den Beratungen der Washingtoner Konferenz sein werde. Man er- wartet nunmehr die Stellungnahme Englands und Japans, obgleich zur Stunde noch nicht sicher ist, ob die japanische und die englische Regierung bis dahin schon genaue Weisungen für das Verhalten ihrer Delegationen gegenüber den Vorschlägen des Staatssekretärs Hughes gegeben haben werden. Heute hat sich die erste Kommission für die Beratungen der Seerüstungen aus den Führern der einzelnen Delegationen auf der Washingtoner Konferenz gebildet. Sie prüfte das Programm des Staats- sekretärs und berichtete über das einzuschlagende Verfahren bei der Behandlung der Abrüstungsfragen. In gleicher Weise wird heute nachmittag in der Frage des Fernen Ostens vorgegangen werden. In dieser zweiten Sitzung werden auch die Vertreter Belgiens, Chinas, der Niederlande und Portugals zugegen sein. Die von beiden Kommissionen beschlossenen Maßnahmen sollen dann in der morgigen Vollversammlung bestätigt werden.

England stimmt zu

Washington, 14. November.

Offiziell wird angekündigt, daß in der morgigen Sitzung der Konferenz Vaisoz eine Rede halten wird, in der er im Prin- zip den amerikanischen Vorschlag, betreffend die Begrenzung der Rüstungen zur See, annehmen wird.

Die Stellung Japans

Paris, 14. November.

Der Sonderberichterstatter des „New York Herald“ in Washing- ton, Louis Seibold, teilte seinem Blatte unter anderem mit, von englischer Seite sei die Anregung gekommen, die maritimen Fragen einige Tage lang zurückzustellen, namentlich wenn Japan ein wenig mehr Zeit zum Studium des Hugheschen Planes und zur Formulierung von Gegenvorschlägen zu haben wünsche. Von der Haltung der japanischen Delegation sagt Seibold, die Sachverständigen ließen durchblicken, daß ihre Gegen- vorschläge bedeutend von denen des Staatssekretärs Hughes ab- wichen. Admiral Kato habe als Sprecher der Japaner die Vor- schläge von Hughes als sehr bestimmt und sehr logisch begrüßt, hat aber beizugeben, daß nach dem vorläufigen Eindruck nicht auf die Politik der japanischen Regierung geschlossen werden dürfe. Der Korrespondent weist auf die Unannehmlichkeit des japanischen Oppositionsführers im Parlament Matsuzaki hin, der sich nicht als Mitglied der Delegation, sondern als Beobachter im Auftrag seiner Partei in Washington aufhalte, ein Umstand, der die Uneinigkeit zwischen den politischen Parteien Japans ins rechte Licht rücke. Matsuzaki habe erklärt, Japan könne die Vor- schläge von Hughes nicht annehmen, wenn nicht gleichzeitig die Befestigungen im Stillen Ozean aufgehoben werden. Nach An- sicht vieler amerikanischer Marineoffiziere, fährt Seibold fort, würde aber die Aufgabe der Befestigungen unter Umständen den Verlust der pazifischen Besitzungen der Vereinigten Staaten be- deuten. Unter den japanischen Zeitungskorrespondenten hat Sei- bold als vorherrschende Meinung festgestellt, daß Japan mög- licherweise die Annahme der Hugheschen Vorschläge von einer Verständigung über die Beseitigung der Befestigungen im Stillen Ozean abhängig machen werde. Die Be- festigungen im Stillen Ozean, namentlich auf Manila und Hono- lulu, seien aber, wie der Korrespondent hinzufügt, Landbefestigun- gen, die als solche bei der Einschränkung der Landrüstungen zur Sprache kommen müßten.

Die deutsche Mark-Katastrophe und Washington

DK. Paris, 14. November.

„Chicago Tribune“ meldet: Führende amerikanische Finanz- leute haben an den Senat und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der angefleht wird, das rasche Stürzen der deutschen Mark das Ersuchen gestellt wird, auf der Washingtoner Kon- ferenz die Finanzfrage bzw. die Konsolidierung der Mark- währung zur sofortigen Beratung zu stellen.

Explosionkatastrophe in Wiesbaden

Wiesbaden, 14. November.

In der Deifabrik Fauch in Dohheim ist heute mittag ein Benzinkanal, der im Keller untergebracht war, explodiert. Das vierstöckige Gebäude stürzte in sich zusammen und begrub fünf oder sechs Arbeiter unter seinen Trümmern. In der gegenüber- liegenden Fabrik wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert und durch Glassplitter etwa 100 Arbeiterinnen zum Teil erheblich verletzt. Auch am Gebäude und den Ma- schinen wurde schwerer Schaden angerichtet. Die Deivorräte der Fauchschen Fabrik gerieten in Brand. Das Feuer wüthete abends noch fort.

Kleine Nachrichten

Seine Königliche Hoheit sind uns unbekannt. Potsdamer Rechtsanwältin senden uns „im Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Eitel Friedrich“ unter Berufung auf § 11 des Preussengesetzes eine Verächtigung zu der von uns aus der Welt am Montag übernommenen Notiz: „Ein Hinterfrontkämpfer“, die sich mit dem Verhalten Eitel Friedrichs von Hohenzollern während der Sommerkämpfe befaßt. Wir sind nicht in der Lage, dieser Aufforderung nachzukommen, da es unferes Wissens eine „Königliche Hoheit Prinz Eitel Friedrich“ nicht gibt.

Stinnes fröhlich. Wie wir hören, sollen Verhandlungen darüber im Gange sein, die Walleblätter in den Besitz des Herrn Stinnes zu bringen. Stinnes hat einen guten Magen.

Petzura völlig geschlagen. Nach Meldungen der Warschauer Presse aus Kowno wurden die Petzurabanden jenseits des Zbruc von russischer Kavallerie entscheidend geschlagen und abgedrängt. Ein großer Teil der Petzura-Soldaten ist über die polnische Grenze geflüchtet. Die Zeitungen betrachten das Petzura-Unternehmen als endgültig liquidiert.

Die Rollen der schottischen Mobilisierung. In der Festlegung des Budgetauschlusses äußerte der schottische Finanzminister, daß die in der schottischen Mobilisierung erwähnten Rollen über die Rollen der Mobilisierung seien. Vom ersten Mobilisierungstage an bis zum 10. November seien für die Mobilisierung 225 Millionen Kronen ausgegeben worden.

Eine Schande

Von L. Martow

In einer Polemik gegen die „Freiheit“ anfänglich der jüngst von der Sowjetregierung erlassenen Amnestie wagt es die „Rote Fahne“, von der „schändlichen Demagogie“ und den „bewussten Unwahrheiten“ des unabhängigen Organs zu sprechen, nur weil die „Freiheit“ feststellt, daß auch nach Erlaß dieser Amnestie Tausende russischer Sozialisten in den Gefängnissen zurückgeblieben sind, in die sie bloß deshalb gesperrt wurden, weil sie den Bolschewismus mit geistigen Waffen bekämpften.

Wäre für die „Rote Fahne“ besser gewesen, die Frage gar nicht zu stellen, wer in dieser Angelegenheit eine „unehrliche“ und „schändliche“ Rolle gespielt hat.

Die Tatsache selbst, die in der „Freiheit“ feststellt wurde, kann auch von der „Roten Fahne“ nicht bestritten werden. Sie sucht deshalb die Sowjetregierung mit albernen und falschen Argumenten zu verteidigen.

Falsch ist es, wenn sie behauptet, daß unter den auf administrativem Wege Eingekerkerten sich mehr Bürgerliche als Sozialisten befinden. Das Gegenteil ist richtig. Schon längst sind die meisten Bürgerlichen aus Rußland emigriert, und nur hin und wieder vermag die bolschewistische Polizei einige Dugend wirklicher oder angeblicher „Verführer“ unter den ehemaligen Offizieren, bürgerlichen Intellektuellen, Priestern usw. zu entdecken. Als im Sommer dieses Jahres der englische Offizier Kelpatrit, der ein Jahr lang in den russischen Gefängnissen weilte, nach Westeuropa kam, erklärte er in seiner Schilderung des russischen Gefängnislebens: „Spricht man jetzt von politischen Gefangenen in Rußland, so spricht man von Sozialisten, denn Bürgerliche befinden sich unter den Gefangenen in verschwindender Minderheit.“ Diese Tatsache kann weder durch talmudistische Spitzfindigkeiten noch durch große Polemiken der Kommunisten aus der Welt geschafft werden.

Hält die „Rote Fahne“ eine solche Behandlung tausender Sozialisten und Syndikalisten für richtig? Ja oder nein? Will sie betreiben, daß die meisten dieser Sozialisten nur deshalb eingekerkert worden sind, weil sie bei den Sowjetwahlen sich als antikomunistische Kandidaten zur sozialdemokratischen oder zur sozialrevolutionären Partei bekannten; oder weil sie sich als Führer der lokalen Gewerkschaften in Opposition zur Zentralgewalt stellten; oder endlich, weil sie eine Mitgliedschaft einer der erwähnten Parteien besaßen, ohne sonst eine aktive Parteitätigkeit zu entfalten? Mindestens Dreiviertel der nach tausenden zählenden politischen Gefangenen sind nur wegen ihrer Parteizugehörigkeit in die Kerker gesperrt. Das bezieht sich namentlich auf sämtliche eingekerkerte Sozialdemokraten, auf die übergroße Mehrheit der rechten Sozialrevolutionäre und auf einen beträchtlichen Teil der Anarcho-Syndikalisten und linken Sozialrevolutionäre. Nur von einem sehr kleinen Teil der „politischen Verbrecher“ kann man behaupten, daß sie wegen Beteiligung an einer bestimmten „Aktion“ gegen die Sowjetregierung verhaftet worden sind.

Aber, sagt die „Rote Fahne“ die Sowjetregierung habe zu wiederholten Malen ihre Bereitschaft erklärt, alle Inhaftierten frei zu lassen. Die Erfüllung dieser Zusage hängt ausschließlich von den Verhafteten ab. Erklären sie sich bereit, mit ihren Anschlüssen auf die Sowjetmacht aufzuhören, dann sind sie eher heute als morgen frei.

Es trifft zu, daß die bolschewistischen Behörden jedem verhafteten Sozialisten die Freilassung versprechen, wenn er sich schriftlich verpflichtet, aus seiner Partei auszutreten und auf jede politische Tätigkeit zu verzichten. Man sieht, aus welchem Stoffe die eigenartigen Revolutionäre in der „Roten Fahne“ gemacht sind, wenn man liest, daß sie solche Provisionsmittel gegenüber sozialistischen Gegnern als die natürlichste Sache von der Welt betrachten. Von den Freunden und Verehrern des großen Revolutionärs Brandier kann man schließlich nichts anderes erwarten: die politische Selbstkastration ist für diese Leute eine ganz ehrenhafte Aktion, wenn man auf diese Weise seine wertvolle Person zu sichern vermag. Aber die russischen Sozialisten, die in den russischen Gefängnissen schmachten, sind zu „opportunistisch“, um an einer solchen Handlungsweise Geschmack zu finden. Sie, die sich jahrzehntelang niemals vor den zarischen Schergen gebeugt haben, verwerfen mit kalter Verachtung diese Anerbietungen der Sowjetregierung. Sowohl die alten Proletarier, wie die Jünglinge aus unserer Jugendorganisation, die in unerhörtester Weise in den Zuchthäusern von Drel, Jaroslaw, Wladimir, Njasan u. a. gequält werden, die von Typhus, Epidemien, Tuberkulose und Stomatitis bedroht sind und die buchstäblich hungern, weigern sich in entschiedenster Weise, eine solche entehrende Verpflichtung zu unterschreiben.

Und nun richte ich an die Helden der „Roten Fahne“ die direkte Frage: solidarifizieren sich die deutschen Kommunisten mit einer solchen Expressionsmethode ihrer russischen Gesinnungsgenossen? Ja oder nein?

Es ist für mich nicht leicht, über die Schande der terroristischen Behandlung der Sozialisten im „kommunistischen“ Rußland zu sprechen. Aber dürfen wir, können wir schweigen, wir, deren Freunde und Brüder in den verpesteten, kalten Katakomben Sowjetrußlands unter einer unmenschlichen Behandlung eines langamen Todes sterben? Dürfen wir schweigen, wenn Leute, deren subjektive Ehrlichkeit ich nicht in Zweifel ziehen will, in der europäischen Arbeiterpresse zu behaupten wagen, daß die Sowjetregierung ihre politischen Gegner „großmütig“ behandle!

Sehr zutreffend hat der französische Genosse André Pierre im „Populaire“ vom 31. Oktober geschrieben:

„Man muß stets aufs neue wiederholen: die kommunistischen Parteien, die sich mit einer Regierung solidarifizieren, welche Tausende von Sozialisten quält und einkerkernt, werden dadurch zu Mitschuldigen an den Verbrechen der Bourgeoisie; denn weil sie es nicht wagen, von der russischen Regierung die Befreiung ihrer Opfer zu fordern, vermag sie nicht bei den rumänischen, jugoslawischen und anderen Mächtern die Freilassung der Kommunisten dieser Länder durchzusetzen.“

Ich weiß sehr wohl, daß die Leute der „Roten Fahne“ nicht die geistige Unabhängigkeit besitzen, um in der Dritten Internationale darauf hinzuweisen, daß die bolschewistische Regierung durch ihr hartnäckiges Festhalten an ihren terroristischen Methoden der gesamten, jetzt in die Defensive gezwungen europäischen Arbeiterklasse unermesslichen Schaden zufügt. Aber wenn sie diese Courage nicht besitzen, so sollen sie wenigstens schweigen, statt über die „Großmütigkeit“ der Herren aus den „Außerordentlichen Kommissionen“ Lobgesänge anzustimmen.

Für das freie selbständige Unternehmertum

Stinnes kauft alles

Eine neue Propaganda- und Korruptionszentrale

Jedermann erinnert sich der Geheimzirkulare der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die unser Mannheimer Parteiorgan „Tribüne“ veröffentlichte. Wir haben seinerzeit aus diesen Zirkularen mitgeteilt, daß die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder und Mitgliedsvereine zur Beisteuer einer Extrabeilage zwecks Einrichtung eines besonderen Propagandafonds aufgefordert hat. Aus der ängstlichen Geheimhaltung der Aktion zogen wir unsere Schlüsse auf die Schmutzigkeit der Mittel, mit denen die in Aussicht genommene Propaganda betrieben werden soll. Jetzt wird bekannt, daß sich eine Propagandazentrale für den „Arbeitgebergedanken“, um das in den oben erwähnten Zirkularen gehrauchte Wort zu wiederholen, bereits aufgestellt hat. Der Zentralverband der Angestellten sendet uns folgende Zuschrift:

Geeben gelangen wir in den Besitz eines Schnorrbriefes, den eine Propagandazentrale zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums — gez. Henry Seifert, Hamburg, Schanzstraße 7 — am 22. September 1921 an eine große Masse von Firmen versandt hat. Aus dem Schreiben und den Richtlinien teilen wir folgendes mit:

Arbeitsmethode der Werbestelle.

Aufklärung durch den Schriftverkehr an Angestellte und durch Auslage in Gastwirtschaften, Cafés usw., durch Werbebilder an Angestellte und Arbeiter, durch Vorträge (siehe Sonderdruck), durch das Kino (auch Haus- und Wandkino), durch die rationelle Verbreitung eingekleideter Unternehmerzeitungen und Zeitschriften.

Richtlinien.

1. Nationale, planmäßige Verbreitung von eingekleideten Unternehmerblättern. — Die Blätter werden nicht nur an Unternehmer gelandt, sondern dienen auch zur Auslage in Restaurants, Cafés, Hotels, Lesehallen usw. als Gegengewicht gegen die vielen ausliegenden sozialistischen Schriften, Aufklärungsschriften an Angestellte und Arbeiter mit der Aufforderung, zum Abonnement vom neutralen Verlag und Besuch derjenigen Personen, die bereits in ihre Privatwohnung die Probenummern geschickt bekommen haben, um sie durch persönliche Unterhaltung zum Abonnement zu bewegen.

2. Außer diesen Flugschriften kommen als Werbemittel zur Verwendung:

Eine Wochenschrift „Die soziale Frage“, eine Halbmonatsschrift „Die Brücke“ und eine Monatschrift „Hamburger Arbeiter“ (in Vorbereitung).

Ferner Aufsätze aus der Wochenschrift für Erziehung, „Der Aufbau“. Diese Zeitschrift ist besonders wichtig, weil die Schul-Lehrer, die noch nicht sozialistisch gelonnen sind, gestärkt werden müssen durch rationelle Propaganda; denn die Lehrer haben nicht nur in ihrer Eigenschaft als Schulmeister große Bedeutung, sondern durch die viele freie Zeit über die sie verfügen, die diese Herren und Damen in Vereinen und Verbänden als Geschäftsführer usw. tätig sind.

3. Dauernde Fühlungnahme mit der Zeitschrift „Der leitende Angestellte“, Organ der Vereinigung der leitenden Angestellten. Hierdurch ist dafür Gewähr gegeben, daß eine Brücke geschlagen wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gerade die leitenden Angestellten sind die gegebenen Vermittler zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Angaben der führenden Köpfe der Angestellten und Arbeiter erheben.

4. Gründung einer Zeitschrift für die Kleindeutschen (Wandervögel). Dieser Zeitschrift wird ein längerer Anhang aus der „Sozialen Frage“ in jeder Nummer beigegeben.

5. An solche Personen, welche durch Anfragen, Abonnement usw. zu erkennen geben, daß ein besonderes Interesse vorhanden ist, werden „Extrablätter“ versandt, nicht ganz kostenlos, sondern unter besonderen Gründen und Hinweisen.

6. Romanvertrieb. Der Vertrieb von sogenannten Unternehmerromanen ist bisher ganz dem Zufall überlassen

Die Deutschen Werke

Eine Erklärung Malzahns

Der Kommunist Malzahn tritt uns um die Aufnahme einer Erklärung, wonach seine Regierung im Reichstag über die Herstellung von Waffen in den Betrieben der Deutschen Werke in Spandau mitgeteilt worden ist. Er habe nicht positiv behauptet, daß in den Spandauer Werken Kriegsmaterial angefertigt würde. Aus dem Stenogramm seiner Rede zitiert er folgende Ausführungen:

„Nach den Bestimmungen der internationalen Militärkommission soll in Erfurt und in Havelhorst am 1. April 1922 die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen eingestellt werden. Die internationalisierte Kommission gab in ihrer Begründung folgendes an (was uns hier nicht mitgeteilt worden ist). Sie will festgestellt haben, daß neben der Herstellung von Revolvern in Erfurt auch Maschinengewehre und Maschinengewehrteile angefertigt worden sind.“

Wir haben weiter Zuschriften von den Arbeitern bei den Firmen Suhl, Erfurt, Magdeburg und Jülich bekommen, daß Millionen von Gewehrpatronen angefertigt werden sollten.

Die Arbeiter haben uns gefragt, was sie dagegen für Schritte unternehmen sollten.

Ich stelle weiter fest, daß auf dem letzten Verbandstag der Metallarbeiter in Jena aus den verschiedensten Orten die Anträge kamen und auch angenommen wurden, daß der Hauptverband mit Hilfe der organisatorischen Machtmittel gegen die Herstellung von Waffen und Munition mit allen Maßnahmen einschreiten sollte.

Wir haben den berechtigten Argwohn, anzunehmen, daß aus den Fabriken dieser Betriebe die Orgel- und Einwohnerwehren mit Material und Munition versorgt werden.

Wie uns mitgeteilt, ist heute der Betriebsrat der Spandauer Werke nach Erfurt gefahren, um an Ort und Stelle die Dinge nachzuprüfen.“

Malzahn fügt in seiner Erklärung hinzu: „Aus diesen meinen Ausführungen nach dem Stenogramm geht also deutlich hervor, daß ich in obiger Sache nicht von den Spandauer Werken gesprochen habe.“

Malzahn nimmt an, daß die Mitglieder des Zentralbetriebsrats die Opfer einer falschen Verleumdung geworden sind. Sobald das Stenogramm der Rede gedruckt vorliegt, wird er es dem Zentralbetriebsrat übermitteln.

Es wäre gut, wenn sich die Betriebsräte der von Malzahn erwähnten Betriebe der Deutschen Werke im Reich dazu äußern würden.

Protest gegen die Darstellung Malzahns

Erfurt, 14. November.

Die Gesamtschöpfung der Deutschen Werke L. G. Wolf & Co. für die Reichswehr in Erfurt, die die Maschinen für die Reichswehr angefertigt haben, ist in der Reichstagsdebatte vom 10. November d. J. Es sei unwahr, daß im Werk Erfurt jetzt oder nach Ausbruch der Revolution jemals Maschinen gewehre angefertigt worden seien. Unwahr sei es auch, daß

gewesen. Die von uns ausgewählten Romane werden von uns ganz planmäßig verbreitet durch volkstümliche Bibliotheken, nicht durch Versand an die Angestellten direkt. Ueber die Einzelheiten dieses Spezialbetriebes geben wir nur unleren bisherigen Förderern in einem eingeschriebenen Brief Auskunft.

7. Werbestellen werden in solchen Fällen verdrängt, wo anzunehmen ist, daß Schriften keine Beachtung finden.

8. Vorträge. Veranstaltungen von Vorträgen durch politische oder gar parteipolitische Vereine ist meistens ein Drehen im Kreise. Es kommen gewöhnlich nur die Freunde und Anhänger derselben — und doch will man ja eigentlich durch die Vorträge gerade die Gleichgültigen und bisherigen Gegner überzeugen. — Deswegen werden Vorträge veranstaltet in Form von Unterhaltungsabenden, durch Verbindung von Ernst und Heiterem. Das Neue unserer Werbearbeit liegt nur darin, in dem ersten Teil anstatt dramatische Vorträge, ernste Vorträge, einen Profanvortrag über die sozialen Fragen der Zeit, natürlich unter volkstümlichen Titel zu bringen, der zweite Teil unseres Programms: Humoristisches.

Die Werbestelle veranstaltet nicht nur Vorträge, sondern vor allem hilft sie berufsmäßigen, bekannten ersten Künstlern im ganzen Reich bei der Zusammenstellung der Programme und der Ueberwindung der Schwierigkeiten aller Art, die sich den Veranstaltungen von Vorträgen und Herstellung von Drucksachen entgegenstellen.

9. Kino. Gewinnung von Einfluß auf die Herstellung und den Vertrieb der Filme, sowie Sicherstellung der Aufführungen solcher Filme, die zu obigem Programm passen.

Zweck der Propaganda ist, den Glauben an die Unerschließbarkeit der sozialistischen Theorien zu zerstören.

Einst war es der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der im Auftrage und mit dem Gelde der Großindustrie das Gemerbe der Lüge in großem Umfange betrieb. Jetzt hat dieselbe Sache einen anderen Namen. Auch diese neue Zentrale zur Korruption der öffentlichen Meinung hat in erster Linie den Zweck, den Glauben an die Unerschließbarkeit der sozialistischen Theorien und den Gedanken der Solidarität in den Köpfen der Angestellten, Arbeiter und Beamten zu vernichten. In Gastwirtschaften und Cafés, bei Vorträgen und im Kino, im Buchhandel und beim Einkauf von Zeitungen und Zeitschriften — überall soll den Arbeitern die verkappte Propaganda der Werbestelle zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums entgegengetreten. Die Großindustrie, von Herrn Stinnes geführt, reißt eine bürgerliche Zeitung nach der anderen hinab in den Strudel der bezahlten Gesinnungslosigkeit. Hunderttausende von Lesern aus der Arbeiterschaft und aus den Kreisen der Angestellten und Beamten wissen nicht, daß sie eine im Sinne des Unternehmertums zurechtgemachte Lektüre täglich zweimal vorgelegt bekommen. Dieser Korruption der Presse sollen nun tausend andere Mittel der Lüge, Verleumdung und Verdrehung, denn darauf läuft es immer wieder hinaus, hinzugefügt werden, um die Ideen der Gewerkschaftsbewegung und des Sozialismus zu beschmutzen. Auch die Schule und die Lehrer, die Kunst und die Künstler sollen gekauft werden.

In erster Linie gibt es für die Arbeiter, Angestellten und Beamten dagegen nur ein Mittel: hinaus mit der bürgerlichen Zeitungsliteratur aus den Wohnungen und Familien! Wer diese Maßnahmen des organisierten Unternehmertums durchführt, der hat die Pflicht, ständig für die Presse der Arbeiterschaft zu werben. Hier fehlen die gewaltigen Mittel an Geld, die der korruptierten bürgerlichen Presse vom organisierten Unternehmertum mit vollen Händen zur Verfügung gestellt werden. Dafür müssen hier die größeren Mittel an Tatkraft und Ueberzeugungstreue angeboten werden, damit nicht das schmutzige Papiergeld des Unternehmertums über Gesinnung und Anstand zu triumphieren vermag.

in derselben Zeit überhaupt eine Patrone hergestellt worden sei. Am Schlusse der Entschließung heißt es: Der Gesamtbetriebsrat bittet den Reichstag, den Abgeordneten Malzahn zu veranlassen, seine unwahren Behauptungen zu widerrufen.

Vom demokratischen Parteitag

Flaggenfrage und Schulgesetzentwurf

Einen erheblichen Teil seiner Zeit opferte gestern der demokratische Parteitag der Flaggenfrage. Der rechte Flügel der Partei unter Führung des Ministers a. D. Koch will seine Gesinnungserklärung mit der Deutschen Volkspartei dadurch zum Ausdruck bringen, daß er die Wiedererhebung der schwarz-weißen Farben in ihr früheres, wilhelminisches Recht fordert. Man soll dem Volke seine alten Symbole lassen und erst später, wenn die Erfolge der Republik da seien, die schwarz-rot-goldene Flagge hissen, meinte Herr Koch. Diese Auffassung stieß auf den lebhaftesten Widerspruch der Mehrheit des Parteitages, und ein Redner machte den Führern den Vorwurf, daß sie aus den bisherigen Verhandlungen nichts gelernt hätten. Schließlich einigte man sich wiederum auf einen Kompromiß, wonach die agitatorische Ausnutzung der Flaggenfrage verurteilt und davor gewarnt wird, durch Fortsetzung unfruchtbarer Streitens die Geschlossenheit der verfassungstreuen Parteien zu gefährden.

Darauf hielt das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Hermann Neufing einen Vortrag über ein demokratisches Mittelstandsprogramm. Er wünschte die Anerkennung des Handwerks als eines in sich geschlossenen Berufsstandes. Eine organisierte Betriebswirtschaft von Berufsgruppe zu Berufsgruppe müsse an die Stelle des bisherigen Parteiverhältnisses des Handwerks gegenüber dem Großkapital treten. In der Sozialpolitik verlange das Handwerk Festhaltung an der bewährten Meisterlehre. Das Arbeitszeitgesetz dürfe den Achtstundentag nicht schematisch auf das Handwerk anwenden, denn was für die Großindustrie richtig sei, sei falsch für das Handwerk. Bei der Schlichtungsordnung und dem Arbeitsnachweisgesetz müsse der Grundgedanke gelten, daß die Handwerkslehre eine Erziehungssache und der Lehrling kein gewerblicher Arbeiter sei. Das bedeutet jedoch, daß nach dem Wunsch dieses Demokraten die ungünstigen Arbeitsverhältnisse im Handwerk und insbesondere die Ausnützung der Lehrlinge auch künstlich aufrechterhalten werden sollen.

Der Parteitag beschäftigte sich dann weiter mit Schul- und Erziehungsfragen, über die Frau Dr. Bäumer, Landesdirektorin Wolff (Berlin), Professor Göh (Leipzig) und Lewis (Berlin) referierten. An dem Reichsschulgesetzentwurf wurde lebhafteste Kritik geübt, weil er durch ihn seiner Stellung bei der Schule gegenüber entbunden und das Wesen der Schule durch die Bekanntheit und die Befreiung der Gesamtschule bestimmt werde. Die Schule müsse eine organische Einheit sein, sie müsse im Geiste des deutschen Volkstums arbeiten. Durch den Entwurf werde die Schule in unzählige Fakultäten zerstückelt. Herr Koch meinte, daß der Gesetzentwurf ausschließlich beachtet worden sei durch die Haltung der Sozialdemokratie und namentlich des Zentrums. Er erkennt an, daß das Gesetz außerordentlich bedeutsam ausfällt, ein besserer Entwurf könne aber nicht erarbeitet werden, solange man in einer Regierung auf die Mitarbeit des Zentrums angewiesen sei.

Arbeitersport

Arbeiter-Mannschaft 'Naturfreunde'. Wanderungen am 16. Novem-
ber. 1. Etappe, Spreewald, Hagenberg. Fr. 8.30 Uhr vorm. ...

Parteiveranstaltungen

Die proletarische Erziehungsarbeit in Wien

Kinderkommission Groß-Berlin. Heute, Dienstag, den 15. November, abends
7 Uhr, findet in der Stadthalle im Neuen Rathaus in Berlin, ...

Die Mitglieder der Arbeiter-Kommunisten sind gefordert Dienstag, Donnerstag
und Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr. Sie laden allen Genossen und Ge-
nossinnen sowie den Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend gegen
Vorzeigung des Mitgliedsbuches unentgeltlich zur Verfügung.

Dienstag, 15. November

1. Verwaltungsbezirk (Berlin-Mitte), 1., 2., 3. Bezirk. Abends 7 Uhr bei
Proffler, Wichardstr. 20, Sitzung der Bildungsausschüsse.
1. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungsausschüsse bei Gen. Jordan,
Dresdener Str. 24.
Berlin-Mitte, 1., 2. und 3. Bezirk. Abends 7 Uhr Vortrag über Lebens-
reform und Sozialismus in der Schule Kappeler Str. 45.
2. & 3. Bezirk. Elternbeiräte und Erzieher. Abends 7 Uhr wichtige Sitzung
bei Schul. Oberbürger Str. 19.
3. Bezirk. Die für Mittwoch angelegte Funktionärssitzung findet heute abend
7 Uhr im Lokal von Kroll, Ullrichstr., Ecke Hennigsdorfer Straße, statt.

Mittwoch, 16. November

5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Form. 10 Uhr bei Dreffe, Schreinerstr. 18,
Vorbereitung der Kommunalen Kommission. Alle Genossen, die in der Kom-
mission tätig sind, müssen erscheinen.
5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Bezirk. Alle Sängere treffen sich vorm.
9 1/2 Uhr in den Prachtgärten des Hofes.
5. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmaragdstr., Grünwald). Die Ge-
nossen nehmen am 19. Uhr vorm. an der öffentlichen Versammlung im Lehrer-
vereinshaus am Alexanderplatz teil. Tagesordnung: Koalitionspolitik, Tenierung
und Steuern.
12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lankestr., Bismarckstr.). Form. 10 Uhr im
Rathaus Steglitz Vorbereitung der Kommunalen Kommission der Stadt und
Bezirksverordneten sowie aller Genossen und Genossinnen, die in der Kommu-
nalen Kommission tätig sein wollen, sowie der Vertreter der Elternbeiräte, der
kommunalen Betriebsräte und der Bürgerdeputierten. Tagesordnung: Wahl des
Vorschusses, Stellungnahme zu kommunalen Fragen. Zehnjähriges Erscheinen ist
Pflicht.
13. Verwaltungsbezirk, Abteilung Prenzlau. Die Genossen nehmen an der Ver-
sammlung in der Brennerstr. Königshütten teil.
3. Bezirk (Berlin-Mitte). Die Parteien in den proletarischen Lehrerbänden am
20. November müssen bis Donnerstag, den 17. November, beim Kassierer Dams
abgemeldet sein, da sie sonst als verlaßt gelten und bestraft werden müssen.

8. Bezirk. Form. 10 Uhr Bezirksvorstandssitzung bei Vorleben, Burgstr.
Kraße 12.

12. Bezirk, 1. Abteilung. Form. 10 Uhr Mitgliederversammlung bei Ring,
Danziger Str. 71. Die Vertagung findet trotz der öffentlichen Vertagung
ausgesagt statt.

13. Bezirk. Abends 7 Uhr Vorbereitungen bei Götze, Barnimstr. 20. Ver-
sammlung der Delegierten zum Parteitag, sowie Entwürfe und mitzubringen. Des-
gleichen die Mitgliedsbücher der Gewerkschaften.

Donnerstag, 17. November

10. Bezirk, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung, Schulstra-
ße Charlottenburg. 6. Die Bezirksführer werden ersucht, zu dieser Versammlung die
Mitglieder einzuladen.
17. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Vorbereitungen und Besprechung bei Dreffe,
Schreinerstr. 18. Abteilungsleiter persönlich erscheinen.

Bereinskalender

Mittwoch, 16. November

Altenverleger. Die nächste Vorstandsversammlung findet nicht am Mittwoch,
den 16. November (Feiertag), sondern am 23. November in Schirms Lokal, Char-
lottenburg, 7. statt.
Gew. Arbeiterjugend Tempelhof-Mariendorf. Der Besuch der Gruppe Weich
kann aus, dafür Vorbereitung nach den Kallbergen. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof
Tempelhof. Bei Schneewetter Hotelgaststätten mitbringen.

Donnerstag, 17. November

Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin S. O., Abstellung Melchior. Abends
7 Uhr, Schule Köhlstr., Eritanienstr. über Tuberkulose. Eintritt für jeden-
mann frei.

Verantwortlich für Text und Bild: Leo Dieblich, Berlin-Grö-
denau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kubner,
Berlin; für den Internationalen und geistlichen Mittelungen: Ludwig
Kamerling, Charlottenburg; Berlingschwerindustrie: Freiheit, a. G. u.
d. H., Berlin. - Druck der Berliner Druckerei G. M. S. D., Berlin S. O.,
Berlin Straße 82.



Ist es noch möglich?
Tun Sie uns den
Gefallen, diese Frage gerecht zu entscheiden,
und Sie werden den kleinen Preisaufschlag für die gute
MASSARY-Zigarette maßig und begründet finden.
MASSARY-CLASSE 50.8

Theater und Vergnügungen
Volkstheater
Neues Volkstheater
Staatstheater
Königgräber Str.
Berliner Theater
Prinzessin Olala

Triumph-Palast
Direktion Felix Bab
Oranienstr. 53-54 (Moritzplatz)
Varieté grössten Stils
Täglich: Sensations-Programm!

Auf Zeitzahlung
Anzüge
Culawaya, Uster,
Schlupfer, Raglans,
Moharheit, mod. Sachen.

Circus Busch
Neu! Dienstag 7 1/2
Ehrenabend für
Eisenbahn
Breitbart

Achtung!
Schleier, Wiederverkäufer
Rahmen und Gerüste
Teppich, Schokolade, 100,
50 u. 25 g. Sorten, alle
berühmten Marken.

Geld-Lotterie
Ziehung 17.-19. Novbr.
300000
75000
40000
25000
10000

Billig! Pelzwaren Billig!
Krausflechte, Waskauflechte
von 150.- bis 200.- an
Silberflechte, Waskauflechte
von 125.- bis 150.- an

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeigen
Bruno Domdel
Berthold Lampe

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin 954, Linienstraße 83-85
Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714

Kapitän-
Kantabat
Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (bruch)
Platin, Zahngelisse

Billig
Röcke, Blusen,
Kleider, Mäntel,
Strickjacken,
eleg. Balkkleider
STREHLER
Treskowstr. 21
am Wörtherplatz.

Allgemeine
Ortsratentafel
Neutölln
Kassenlokal: Reichstr. 8
Schulhofstr. 12

Branchen-Versammlung
der Goldarbeiter
Vertrauensmännertreffen
der Branche der Walzwerks,
Blei-, Drahtkabel- und Papier-
rohrarbeiter sowie Arbeiterinnen

Walthalla-Theater
Täglich 8 Uhr:
Jung muß man sein
Operette in 3 Akten v. Leo Leipziger u. Erich Urban
Musik von Jean Gilbert

All- sowie Edelmetalle
kauft wegen dringenden Bedarf
zu den höchsten Tageskursen
Metallschmelze Mariannenstraße 12

Botenfrauen
sofort gesucht
Expedition Kigerow
Lübecker Str. 16
Expedition Krüger
Neukölln, Emjer Straße 32
Expedition Gresslich
Mariensfelde, Berliner Straße 143

Der
kleine
Samariter
Selbsthilfe
bei leichten Krank-
heiten und gibt
Verhaltensregeln
die zum Erlernen des
Lesens bei schweren
Krankheiten.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
General-Versammlung
Möbel
Neugebauer
Darzellen
in Heiligenfelde

Der Kampf um die Syphilisbehandlung

Syphilis und Naturheilkunde

Von Dr. med. Bruno Feilchenfeld

Der „Verein für naturgemäße Lebensweise und Heilweise (Naturheilkunde)“ hielt dieser Tage eine öffentliche Versammlung ab, in der er sich mit dem „Kampf in der Syphilisbehandlung“ beschäftigte.

In medizinischen Zeitschriften sind in den letzten Monaten eine Reihe von Artikeln erschienen, die sich mit der Frage beschäftigen, ob die Heilung der Syphilis nicht auf natürlicher Heilung beruhe. Man hat sogar die Möglichkeit erwogen, ob die Quecksilbergabe und das Salvarsan den natürlichen Heilungsvorgang nicht stören. Auf ein paar temperamentovolle Artikel von Dr. Löffler hatte in einem ausführlichen Artikel der bekannte Wissenschaftler Prof. Dr. Blaschko geantwortet. In überzeugender Ehrlichkeit hatte er alles Für und Wider abgemessen und war auf Grund seiner reichen Erfahrungen zu dem Ergebnis gelangt, daß auch ohne unser Zutun der Organismus über sehr wirksame Mittel zur Beseitigung des syphilitischen Giftes verfüge, daß aber in anderen Fällen die natürlichen Heilkräfte nicht ausreichen.

Der Artikel ist vor vier Wochen erschienen und hat in Kreisen Aufsehen erregt. Aber noch ist zur Erörterung des Problems vor Fachleuten, vor Wissenschaftlern keine Gelegenheit gewesen — da zerren die Naturheilkundigen die Frage vor das große Publikum, reihen, was für ihre Auffassung spricht, aus dem Zusammenhang und sagen dem Laien: Das alles gibt Blaschko, die berühmte Autorität, zu, er weiß gar nicht, wie nahe er dem Naturheilverfahren schon ist.

Das Hauptreferat an jenem Abend hielt Dr. Witsch. Er ging davon aus, daß sich in der Schulmedizin eine neue Auffassung in der Behandlung der Syphilis Bahn breche, gab eine vorzügliche Darstellung über das Eindringen des syphilitischen Giftes in den Körper, las bruchstückweise Abschnitte aus Blaschkos und Löfflers Artikeln vor und kam zur völligen Verzerrung des Quecksilbers und des Salvarsans. Witschs Darstellung ist im ganzen eine ruhige und sachliche, man hat auch als Gegner den Eindruck, mit diesem Mann lohnt sich eine feuchtschmeichele Diskussion. Um so mehr sollte er sich aber vor Entgleisungen hüten, wie der Behauptung, es sei erwiesen, daß bei Naturheilkundigen Gehirnerweichung und Rückenmarkschwindsucht als Nachkrankheiten der Syphilis seltener als bei den Kulturheilkundigen mit ihrer Quecksilberbehandlung seien, und Blaschko habe sich hierzu nicht geäußert. Blaschko hat sich dazu geäußert und nachgewiesen, daß die betreffende Statistik falsch und undraufbar ist.

In demagogischer Weise sprach der Naturheilkundige und Homöopath (wie vereinnlicht er das?) Dr. Lemke. Kennzeichnend für seine Art, zu reden, war, daß er eben noch von den Salvarsaneinspritzungen und im gleichen Atemzuge von Einspritzungen sprach, die sich jeder auf der Rettungswache nach einem Geschlechtsverkehr mit einer unbekanntem Person machen lassen kann. Will er beim Publikum den Eindruck erwecken, auf der Rettungswache würden vorübergehende Salvarsaneinspritzungen gemacht? Er weiß doch sehr genau, daß dort nur eine Desinfektion (Reinigung) vorgenommen wird; dafür sollten doch auch Anhänger der Naturheilkunde zu haben sein.

Den Naturheilkundigen erwiderte ausgezeichnet ein praktischer Arzt, es sei eine Sündenwahrheit, daß die Natur heilt und daß der Arzt nur ein kleiner Helfer ist. Vielleicht hat die „Schulmedizin“ auch in der Syphilisfrage etwas von den Naturheilkundigen zu lernen. Noch ist aber die Frage zur Erörterung vor dem großen Publikum nicht reif. Die so arg verästelte „Schulmedizin“ hat dankbar das Gute an Priesnig's Lehren anerkannt, sie wird auch hier nicht ruhen, bis sie das Wahre gefunden zu haben glaubt. Sie jagt unermüdet und mit rücksichtsloser Ehrlichkeit gegen eigene Fehler. Gerade Blaschkos Artikel, gerade die von den

Naturärzten angeführten Veröffentlichungen berühmter Professoren über Todesfälle in ihrer Praxis sind ein Beweis dafür. Einstweilen sei das große Publikum jedoch vor kritikloser Anerkennung des Naturheilverfahrens in der Behandlung der Syphilis gewarnt.

Freudlich ist, daß auch die Anhänger der Naturheilkunde die Notwendigkeit eines Gelehes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten anerkennen. Wenn sie dabei den Geselentwurf von Dr. Käte Schirmacher dem Blaschkos Entwurf vorziehen, so stehen sie mit vielen Ärzten und Politikern im gleichen Lager. Es handelt sich dabei um die technische Frage, welcher Geselentwurf sich in der Praxis besser bewähren wird. Das Referat Schirmachers über diese Frage war gut. Wenn er allerdings den Entwurf nur mit völliger Kurierfreiheit annehmen will und dabei alle Naturheilkundigen zur Behandlung zugelassen sehen will, wird er auf Widerstand stoßen. Aerzte, die sich zur Naturheilkunde bekennen, wären auf Grund ihrer Approbation an sich schon zugelassen; aber jedem Nichtapprobierten, dem die Kenntnisse der menschlichen Anatomie und Psychologie, wie die Beschäftigung mit der Pathologie und Klinik der Krankheiten fehlen, und der lediglich aus der größeren oder kleineren Tiefe seines Gemüts sein Wissen schöpft, gleichzustellen mit einem Manne wie Dr. Witsch, der auf Grund wissenschaftlicher Beobachtungen in der Naturheilkunde die Wahrheit gefunden zu haben glaubt, erscheint doch nicht richtig. Die Volksgesundheit ist uns zu heilig, als daß wir in einem Gelehe jedem, der zum Heilen gerade Lust hat, aber keine genügende Ausbildung besitzt, die gleichen Rechte und Pflichten wie den Ärzten geben.

Der Ansturm auf die Waren in Berlin

Zu unserem Artikel unter vorstehendem Titel teilt uns der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser mit, daß nicht nur die Konsumgenossenschaft gewisse Artikel jetzt nur in beschränkter Menge abgibt, sondern daß dies „wohl bei der Mehrzahl aller in Betracht kommenden Geschäfte, insbesondere aber bei den Warenhäusern Wertheim, Tietz und Jandorf“, gleichfalls so gehalten wird. Wir nehmen dies zur Kenntnis, müssen aber konstatieren, daß zur Zeit, als unser Artikel geschrieben wurde, von einer so vernünftigen Haltung der Geschäfte, abgesehen von den geringen Ausnahmen, die wir genannt haben, nichts zu bemerken war. Im übrigen gibt der Verband der Warenhäuser in seiner Zuschrift an uns dem Bestreben darüber Ausdrück, daß wir Firmen, die in der „Freiheit“ inserieren, im redaktionellen Teil angreifen. Wir verstehen diese

Öffentliche Volksversammlungen am Mittwoch (Buzflag), den 16. November, vorm. 10 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Lehrervereinshaus, (Gr. Saal) Alexanderplatz
- Kilims Festhalle, Hofenstraße 18-19
- Veranstaltung des Ostens, Frankfurter Allee 48
- Brauerei Köpenick, Schönhauser Allee 10
- Pharus-Säle, Müllerstraße 142
- Moabitler Gesellschaftshaus, Widenstraße 24

Tagesordnung:

Koalitionspolitik — Steuererhöhung und neue Steuern

Referenten: Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid, Arthur Crispian, Franz Ruppel, Dr. Julius Moser, Dr. Kurt Rosenfeld, Luise Sieb

Gesamtheit und Gesinnung: Diese Versammlungen müssen durch ihren Massenbesuch eine scharfe Woge des Berliner Proletariats gegenüber der Politik der S. P. D. zum Ausdruck bringen

U. S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg

geschäftstüchtige Logik vollkommen, bebauern aber feststellen zu müssen, daß wir uns ihr nicht beugen können. Der redaktionelle Teil der „Freiheit“ nimmt grundsätzlich keine Notiz vom Inseratenteil. Das mag bei den Blättern, die dem Verband der Warenhäuser näher stehen als die „Freiheit“, anders sein. Wir verspüren aber keinerlei Neigung, es ihnen gleichzutun, da wir über Rauschheit und Korruption bestimmte Ansichten haben, die auch der bestrebende Warenhäuserverband nicht erschüttern wird.

Wer wird Siedlungsdirektor?

Die Rechtssozialisten vor dem Umfall?

Seit Anfang dieses Jahres beschäftigt die städtischen Körperschaften Berlin die Wahl eines Siedlungsdirektors. Es wäre falsch, wollte man annehmen, daß diese Frage lediglich eine Personalfrage sei. Es ist im Gegenteil stets eine eminent sachliche Frage gewesen, die von entscheidender Bedeutung ist, ob und unter welchen Bedingungen Berlin endlich zu einer Neubautätigkeit kommen soll. In die Spitze des Siedlungswesens gehört deshalb, wie der von den sozialistischen Parteien gemeinsam vertretene Antrag betont, den die Stadtverordnetenversammlung im Mai annahm, ein Volkswirt mit gründlichen Kenntnissen der Technik und des Wirtschaftens, nicht aber ein weltfremder Künstler.

Diese Anschauung ist, wie wir kürzlich durch das Jnta aus der „Vossischen Zeitung“ nachweisen, auch die Anschauung derjenigen Demokraten, die eingesehen haben, daß Berlin nicht länger mit der Inangriffnahme der Neubautätigkeit warten darf. Die Neubautätigkeit aber hängt zum wesentlichen Teil von der Persönlichkeit ab, die an die Spitze des Siedlungswesens berufen wird. Es gilt zunächst die organisatorischen Voraussetzungen für sie zu schaffen, dann aber auch die große Aufgabe zu lösen, mit den geringen Mitteln eine möglichst große Zahl von Wohnungen zu erbauen. Rationelle Bauweise, Ausnutzung jedes Zwischengewinns sind deshalb unerlässliche Bedingungen für das Gelingen dieser Aufgabe.

Diese Bedrohung der Privatinteressen der Bauunternehmer hat alle interessierten Kreise in Bewegung gesetzt. Sie lassen alle Mienen springen, um den von der Siedlungsdeputation in Aussicht genommenen Kandidaten, Dr. Ing. Gutkind, zu Fall zu bringen. Daß sie dabei auch die Hilfe der Baukünstler im Magistrat gefunden haben, nimmt nicht wunder. Diese Herren sind ohne jedes Verständnis für das wirtschaftliche Problem der Neubautätigkeit. Erschaunlich aber ist, daß sich auch die Kreise im Magistrat im Schlepptau dieser Herren befinden, von denen man annehmen sollte, daß sie alles tun würden, um die Neubautätigkeit zu fördern.

Neuherren wir leugnen die Vermutung, daß lediglich die Techniker und die Baukünstler im Magistrat die Wahl Dr. Gutkinds zu vereiteln gedenken, so steht heute außer Frage, daß die rechtssozialistischen Mitglieder des Magistrats ihnen dabei mit Eifer hilfreiche Handlangerdienste leisten. Obwohl die Gewerkschaftskommission und die Ufa in monatelangen Verhandlungen den sozialistischen Magistratsmitgliedern den Ernst der Lage im Wohnungswesen auseinandergesetzt haben und ihnen nachwiesen, daß eine Besserung nur durch die Wahl eines auf dem Boden der Gemeinwirtschaft stehenden Volkswirts zu erzielen sei, was von ihnen anerkannt wurde, beteiligen sie sich jetzt an der Verhinderung der Wahl Dr. Gutkinds. Statt dessen sind Kandidaten auszuwählen, die schärfste Gegner der Gemeinwirtschaft sind, im Wohnungswesen völlig unerfahren und somit nicht die geringste Gewähr bieten, daß wirklich eine Neubautätigkeit vorgenommen wird.

Dieses Verhalten ist umso unbegreiflicher, als die rechtssozialistische Stadtverordnetenfraktion die Richtlinien über das Wohnungswesen mit vertreten hat, die seinerzeit zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien vereinbart worden sind. Ihre Vertreter haben auch in der Zwischenzeit mehrfach erklärt, daß die Notwendigkeit, einen Gemeinwirtschaftler an die Spitze des Siedlungswesens zu berufen, auch von ihnen anerkannt werde. Trotzdem wollen die Rechtssozialisten im Magistrat entgegengekehrt handeln.

Wir wollen trotz alledem die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß sich die rechtssozialistischen Magistratsmitglieder noch in letzter Stunde diese Entscheidung überlegen. Da die Sozialisten im

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Birk

Copyright 1921 by Greifhahn & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Während sie die vergifteten Pakete öffneten, fühlten sie beide eine Aufregung. Ach, der „Matin“, der „Figaro“, das „Journal“ aus den ersten Augusttagen! Die Überschriften in ungeheuren Buchstaben: Deutschland erklärt Frankreich den Krieg! England mobilisiert! Welches Hin und Her von Ängsten bedeuteten diese rohen Sätze in ihrer furchtbaren Unsicherheit!

Bald waren sie mitten in einem Stoß Zeitungen, deren Druckerwärme verblaßt, deren Papier brüchig geworden war.

Réal las rasch. Yvonne schrieb nach seiner Ansage. Wenn er aufhörte, las sie für ihn und gab ihm im Fluge die wichtigsten Stellen an.

„Warum lachen Sie?“ fragte Réal, der sie heimlich mit seinen Blicken verfolgte.

„Hören Sie. Im „Echo de Paris“ vom 28. August 1914 verübete Morik Barras: Die Dampfmaschine bewegt sich gegen das ungeheure Deutschland.“

„Ach, ich kann mit Ähnlichem dienen. Hier dieses schöne Wort von Panotaur vom 30. August: Warten wir vierzehn Tage, und die russischen Heere stehen vor den Toren Berlins.“

Diese Nachforschungen wurden bald zum Sport. Yvonne entdeckte zwei Prophezeiungen Clémenceaus: Die unheimliche Festung Antwerpen kann für unbestimmte Zeit Widerstand leisten.“ Und: „Brüssel, diese prächtige Kaufstadt.“ Réal antwortete mit einem Trommelfeu von Prophezeiungen aus dem Jahre 1915. Morik Barras kündigte es am 1. Januar im „Echo de Paris“ als Siegesjahr an und wurde von den Generalen Cherville, Duchesne und Zurlinden in den großen Journalen unterstützt; letzterer hoffte, mit Hilfe der Dampfmaschine den Krieg in vier Monaten zu beenden.

Aber Yvonne gab sich noch nicht geschlagen. Sie grub den „Matin“ vom 9. April 1915 aus, in dem der gelehrte Volkswirt Edmund Théry auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen zu dem Ergebnis kam, Oesterreich werde vor dem 15. Juni um Gnade bitten. Ähnlich orakelte General Cherville im „Echo“ vom 15. Juni 1915 über die wackelnde deutsche

Mauer. Erst belustigten sie diese Irrtümer, dann kamen ihnen Zweifel. Hatten sich diese Leute so schwer geirrt oder hatten sie, um die Stimmung zu heben, patriotische Lügen nicht gelehrt? War es Dummheit oder bewußter Betrug? In den furchtbaren Stunden, in denen diese Sätze zu Papier gebracht wurden, konnte niemand ihre Glaubwürdigkeit nachprüfen. Aber heute? Empfund man nicht Scham, daß derartiges einmal gedruckt worden war?

„Vielleicht mußte es sein“, meinte Yvonne. „Auch der Kaiser kündigte den Einzug seiner Truppen in Paris an. Seine Offiziere fälschten die Entfernungen. In verschiedenen Unterredungen prophezeite auch er das baldige siegreiche Ende.“

„Woraus sich ergibt, daß beide Völker von ihren Führern zum besten gehalten worden sind. Hätten sie beide die Wahrheit gekannt, sie wäre ihnen so entsetzlich erschienen, daß sie beide Heere zu beiden Seiten der Schützengräben in Aufruhr gebracht hätte. Aber warten Sie! Wenn Ihnen dergleichen Spaß macht, kann ich Ihnen ein recht scherzhaftes kleines Heft zeigen.“

Er nahm aus einer Mappe eine Nummer der Zeitschrift „Monde illustré“ vom 21. August 1915, woselbst man sah, wie der Kaiser vor einer begeisterten Menge eine Rede hielt. Darunter standen diese Worte: „Es ist nicht wirklich herzzerreißend, zu sehen, mit welcher kannibalischer Wut sich unsere Feinde über diesen abscheulichen Vorgang freuen.“

„Welchen Vorgang?“

„Die Torpedierung der „Lusitania“.“

Und er las weiter:

„Da habt ihr die grausamen Teutonen, wie sie an dem Abend, an dem die Nachricht kam, vor dem kaiserlichen Palast in ihr Triumphgeheul ausbrechen.“

„Kun und?“ fragte Yvonne.

„Kun und — es ist der Abdruck eines Lichtbildes, das in den deutschen Zeitungen am 21. Juli 1914 erschienen war und die Menge darstellte, die barhäuptig dem Kaiser zuschickte, als er die heilige Eingekleidet in den berühmten Worten verkündete: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.““

Sie war empört:

„Solcher Schwindel sollte verboten werden. Wie? Eine französische Zeitung hat gewagt...?“

Er aber lächelte:

„Ich kenne das so neu? Ein Redakteur bringt ein Bild, das sich leicht vervielfältigen läßt, ein anderer Redakteur prüft den Text und scheidet das Ganze in den Satz. Wer

sollte widersprechen? Die Boches? Gib's nicht. Also nichts zu befürchten. Aber beruhigen Sie sich. Die deutschen Blätter haben es nicht besser gemacht, und die russischen erst.“

Er zeigte eine Nummer des „Mesmir“, in der drei deutsche Leutnants abgebildet waren, die Metallvasen in den Händen halten. Der russische Text war handschriftlich überseht: „Eine Gruppe Blünderer aus dem deutschen Heere, die Hände voll von geraubtem Gute.“

„Und das ist in Wahrheit...“

„Auf der Rückseite ist der Aufsprung vermerkt. Das Bild ist am 8. Juni 1914 im „Berliner Lokalanzeiger“ erschienen. Es zeigt die Sieger des letzten Händekonnens im Grunewald mit ihren Preisen...“

Réal lachte:

„Im Kriege glaubte man eben alles. Damals war Klugheitsdämmerung. Hier sehen Sie ein paar Schüler, die ein Wägelchen mit sich ziehen, auf dem in deutscher Sprache zu lesen ist: „Seid wohlütig, beteiligt euch an der Wohlwohle“. Die Pariser haben sich vom „Miroir“ ohne weiteres einreden lassen, daß diese Knaben mit dem Abtransport gestobener Teppiche beauftragt sind. Sie haben auch geglaubt, daß diese alten Ansichtskarten — Sie sehen, Odessa 1905 — die aus der Zeit der Pogrome stammen, Abbildungen aus dem Weltkrieg sind. Und der brave „Miroir“ hat darüber geschrieben: „Erklärungen zu solchen Vorkommnissen sind überflüssig. Die Abbildungen wurden in Lodz nach dem Rückzug des Feindes aufgenommen. Die Vorkämpfer der Kultur haben den Tölen eine ausreichende Vorlesung von der deutschen Herrschaft gegeben.“

„Kun, Herr Journalist“, spöttelte Yvonne, „die Zeitungen führten sich ja recht brav auf.“

„Sie führten sich auf wie alle Welt in jener Zeit. Die Menge, die Presse, die Regierung, die Polizei — alles hatte den Kopf verloren. Das Schönste war dies: als die große Kanone Paris beschoh, wurden gegen zweihundert Personen, die auf den Straßen die Behauptung gewagt hatten, das seien keine Fliegerbomben, wegen Erzeugung schlechter Stimmung zur Wache gebracht.“

Yvonne war durch so viel menschliche Schwäche gerührt und sie lächelte, wobei sich in ihren Wangen zwei allzeitliche Grübeln zeigten. Dann wurde sie wieder ernst.

„Tut nichts. Man muß gerecht sein. All diese Menschen haben uns trotz ihrer Irrtümer die moralische Kraft gegeben, den Sieg zu erwarten. Das dürfen wir nicht vergessen.“

(Fortsetzung folgt.)

Magistrat die Mehrheit haben, so könnte die Wahl Dr. Gutlands nur mit Hilfe der Rechtssozialisten verhindert werden. Beschließt das aber, dann wird auch die rechtssozialistische Partei die Folgen dieser von vielen ihrer Anhänger nicht billigten Handlungsweise tragen müssen.

Ein Selbstporträt

Der Leutnant mit dem Bubengesicht

Der verantwortliche Redakteur des Walle-Blattes, im Hauptberuf ehemaliger Leutnant, hat folgendes poetische Selbstporträt geschrieben:

Mit jungen siebzehn Jahren
Zog ich freiwillig in den Krieg —
Mit heißen siebzehn Jahren
Stürmt' ich den ersten Sieg!
Mit achtzehn alt — in der Order st'ht:
Da wurd' ich Leutnant Seiner Majestät!
Vor Jubel war mir das Herz so weit!
Das war meine stolze Zeit!

Es rasselte schleppend mein Degen —
Ich liebte Sekt und liebt' ich Tanz —
Mein Bubengesicht blühte verwegen
Und meiner Stiefel Rad und Glanz!
Und Einglasbühn und Sporengelirr,
Die machten den Mädels die Herzen so wirr —
Sie liebten gar sehr den Leutnantschneid!
Das war meine stolze Zeit!

Das ist der Typus des preussischen Leutnants, den uns nach Bismarck keine Nation nachmacht! Es sind alle Tugenden aufgezählt, die diese Büschchen befähigten, das Schicksal ganzer Kompagnien verheirateter Landsturmleute in ihren Bubenhänden zu halten.

Welcher ernsthafteste Mensch will sich noch einmal unter die Herrschaft dieser eingebildeten Schürzenjäger begeben?

Konsumgenossenschaftliche Kartoffelversorgung

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 12. November werden zum Beweise dessen, daß es sehr wohl möglich ist, bei verständigem Zusammenarbeiten mit den Produzentenverbänden eine geregelte Versorgung der Städte zu erreichen, und dafür, daß sich wahnwitzige Preissteigerungen am besten vermeiden lassen, wenn die Verbraucher sich organisieren und dann ruhig Blut bewahren, einige Vorgänge aus der Hamburger Genossenschaft „Produktion“ veröffentlicht, die zu Ruh und Frommen aller Verbraucher auch hier mitgeteilt sein mögen: Die Konsumgenossenschaft „Produktion“, Hamburg, hat die Versorgung ihres weitestgehenden Tätigkeitsgebietes mit Kartoffeln für den Winter in ganz umfangreicher Weise in die Hand genommen. Durch rechtzeitigen Abschluß von Verträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden der Uckermarkgebiete sicherte sie sich gewaltige Mengen Kartoffeln und sorgte auch nach Möglichkeit für rasche Zufuhr. Am der minderbemittelten Bevölkerung die Einnahme von Winterkartoffeln zu erleichtern, schritt sie zum sogenannten Schuttenverkauf (aus Röhren an Wasserlöschplätzen) in allen Stadtteilen, wo solcher möglich war. Sie bot Kartoffeln zu 60 bis 65 M. an, mußte aber erleben, daß die Verbraucher sie nicht ließen, offenbar in der Erwartung, die Ware werde noch billiger werden. Als dann die Stimmung plötzlich umschlug, rief man sich um die Ware, so daß die Geschäftsleitung Vorsichtsmaßregeln treffen mußte, um zu verhindern, daß Kleinhändler — und zu denen gesellen sich leider auch Verbraucher, selbst organisierte — mit ihrer billigen Ware Privatgeschäfte machen könnten.

Erstaunlicherweise ist die „Produktion“ dank ihren vorsorglichen Maßnahmen in der Lage, den Groß-Hamburger Kartoffelmarktpreis wesentlich zu beeinflussen. Bisher schloß sie für den Schuttenverkauf 500 Waggons (100 000 Zentner) ab, wozu 300 Waggons (60 000 Zentner) bereits erledigt sind. In den Warenabgabestellen gelangten bisher 10 000 Zentner im Kleinverkauf zur Verteilung, und in der Hauslieferung sind 8000 Zentner teils bereits abgefahren, teils geschieht dies in nächster Zeit. Als Reserve für Notfälle ist die Einlagerung weiterer 25 000 Zentner vorgesehen, von denen 18 000 Zentner bereits eingelagert sind. Das sind gewaltige Mengen, die ohne Preisüberbierung gekauft sind und ohne Preiswucher abgegeben werden, während ein Teil der Kartoffelgroßhändler bereits auf das unter den obwaltenden Verhältnissen undankbare Geschäft verzichtet hat, nach Hamburg zu liefern. Zum völligen Verständnis sei noch bemerkt, daß in Hamburg, wie auch in anderen Industriegebieten Deutschlands, die Kartoffelpreise natürlicherweise immer höher gewesen sind als in Kartoffelanbaugebieten, so daß der von der „Produktion“ in Anschlag gebrachte und von ihr bestimmte Preis sich in jedem Fall als günstig erweist.

Bei der Jugend zu Gasse

Die sozialistische Proletarierjugend sammelt sich wieder. In unserer Freude können wir feststellen, daß die Organisation der sozialistischen Proletarierjugend sich stetig festigt. Damit auch die Erwachsenen sich von der Güte der Bewegung überzeugen und mithelfen möchten, das war der Zweck einer gemeinsamen Veranstaltung, die am Sonntag in der Aula des Schillerlyceums in der Bankstraße stattfand. Der Raum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Alt und Jung waren vereint. Bis auf die Mitwirkung des Gelangereins „Harmonie“ bestritten die jugendlichen Proletarier alles aus Eigenem: Vorträge von Freiligrath, Otto Erich Hartleben, Karl Liebknecht wechselten ab mit Musikvorträgen und Volkstänzen. Ein jugendlicher Schloßerlehrling erfreute die Zuhörer durch prächtige Violinsolos. Die Stimmung war eine gehobene. Freude und Stolz empfanden wir Älteren ob des guten Geistes, der unter unserer Proletarierjugend herrschte. Wünschen wir unserer sozialistischen Jugend eine stetige und dauernde Aufwärtsentwicklung. Die Eltern der schulentlassenen Jugend können da viel mithelfen. Wir brauchen unsere Jugend, um unsere Arbeit in unserem Sinne fortzuführen.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die jetzt neuorganisierten Anteile im Hause der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9, Zimmer 13, bis abends 6 Uhr, außer Sonnabends, abgerechnet werden können.

Das Bezirksamt Berlin (Mitte) hat am 17. Oktober 1921 die Wohnungsämter 1a, Alexanderstr. 24, und 1b, Chausseest. 131, übernommen.

Das Bezirksamt Cöpenick (XVI) hat seinen gesamten Bezirk nach dem Verwaltungsgebäude Bellevue, Cöpenick, Eingänge vom Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße 15 und Friedrichshagenener Straße gegenüber der Postwerk, verlegt. Die Hauptsteuerkasse befindet sich vorerst noch im hiesigen Rathaus, wird aber innerhalb kurzer Zeit ebenfalls nach Bellevue umziehen.

Eine Mahnung an die Hauswirte. Die Hauswirte und die Hausverwalter werden erneut daran erinnert, daß es ihre Pflicht ist, bei Schneefall die Bürgersteige zu säubern und mit Sand oder Asche so zu bestreuen, daß ein Ausgleiten möglichst ausgeschlossen ist. Diese Mahnung wird dringend der Beachtung empfohlen, da sich sehr häufig schwere Unfälle infolge Ausgleitens ereignen und die Benutzungsläden eventuell Schadenerschaftsprüche an die zur Säuberung der Bürgersteige Verantwortlichen stellen können.

Ueberfallen und verewaltigt. In der vergangenen Nacht gegen 2 1/2 Uhr wurde die 20jährige Helene K. in der Luisenstraße in hilflosem Zustande aufgefunden. Nachdem sie sich etwas erholt hatte, gab sie an, von einem Manne, der angetrunken gewesen sei, überfallen und verewaltigt worden zu sein. Um sie am Schreien zu hindern, hatte ihr der Unhold einen Schal so fest um den Hals geknüpft, daß sie fast erstikt wäre.

Gewerkschaftliches

Englisches Urteil über deutsche Arbeitslosenpolitik

Die Arbeitslosigkeit in England ist ein schwerwiegendes Problem, das zu lösen alle Kräfte im Lande sich bemühen. Die bekannte englische Zeitschrift „Nation“ läßt diese Frage in Nr. 4 von zwei Verfassern behandeln, von denen der eine, J. A. H., erklärt, daß ein guter Frieden vor drei Jahren nicht diese entsetzlichen Folgen für England gehabt hätte. Die Regierung habe aber alle Warnungen in den Wind geschlagen, und es gilt allgemein die Anschauung, daß für die Arbeitslosigkeit nicht die Regierung verantwortlich gemacht werden kann. Diese sei eine interne Angelegenheit der Arbeiter und Unternehmer, und untereinander müßten diese zwei Parteien diese Frage lösen und sich selbst helfen. Der Verfasser kommt zum Schluß, daß die englische Regierung in dieser Frage nichts unternehme, im Gegensatz zu andern Ländern.

In einem zweiten anhängenden Aufsatz von Felix Morley, der eine Studienreise durch Deutschland absolvierte, wird das Thema „Was Deutschland tat“ in dieser Frage, behandelt. Er führt aus, wie eine große militärische Anlage bei Magdeburg für soziale Zwecke verwandt, wie die Umfassungsmauern abgerissen und die Steine für öffentliche Arbeiten gebraucht wurden. Der gewonnene Platz wurde in öffentliche Parks und Spielplätze umgewandelt. In den Räumen, in denen früher Soldaten und Offiziere ihr Handwerk betrieben, ist nun der Arbeitsnachweis untergebracht, der in wissenschaftlich-systematischer Weise das Arbeitslosenproblem zu bewältigen sucht. Der Verfasser erklärt, daß es geradezu beispiellos ist, was in Deutschland von der Zeit nach der Revolution bis jetzt in dieser Beziehung geleistet wurde. Fast über Nacht mußte abgeräumt werden, wir verloren die Kolonien und große Bestände an Rohmaterial, eine große Zahl von Deutschen aus den abgetretenen Gebieten flutete zurück, und trotzdem ist das Arbeitslosenproblem fast gelöst worden. Morley ist ganz erstaunt, daß die privaten Vermittlungsbüros für Hauspersonal in vielen Städten Deutschlands verboten wurden und daß diese Tätigkeit von der Gemeinde ausgeübt wird. In Nürnberg sah er für diese Zwecke schöne, gepflegte Räume, die sogar mit Blumen geschmückt waren, ebenso in anderen Städten. Dinge, die in England unbekannt sind. In noch größerem Erstaunen geriet der Verfasser, als er vernahm, daß den Arbeitslosen freie Fahrt zur vermittelten Arbeitsstätte gewährt wird und daß wir eigene Jugendabteilungen den Arbeitsnachweisen angliederten.

Morley ist geradezu entzückt, was auf diesem Gebiet bei uns geleistet wird, hält Deutschland England als Spiegel vor und erklärt, daß er in weiteren Aufsätzen die interne Arbeit unserer Nachweise noch besprechen wird. Der englische Verfasser stützt sich bei seiner Arbeit ausschließlich auf offizielle deutsche, amtliche Zahlen und Angaben und eigene Beobachtungen und kommt natürlich in seinen Schlüssen zu einem Lob der deutschen Staatsbürokratie! Das ist natürlich falsch und danebengehauen. Unsere Gewerkschaften vor allem haben an diesen Erfolgen, die von Engländern bewundert werden, den größten Anteil. Ihrer unermüdeten Arbeit in der Aufstellung von Vorschlägen und Forderungen, ihrer aktiven Mitarbeit und ihrer Initiative verdanken wir es, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit vor noch grausigeren Zuständen bewahrt blieb. Jedes einzelne Verlangen für die Opfer unserer wahnwitzigen Gesellschaftsordnung mußte mühselig der bürgerlichen Gesellschaft abgerungen werden, und geben wir diese Tatsache in unsere Beurteilung ein, die der Verfasser sicher aus Unkenntnis der Dinge außer acht ließ, so laufen keine leichten Ausführungen auf eine große Anerkennung der geleisteten Arbeit seitens unserer Gewerkschaften hinaus. So gesehen, haben diese Beiträge für uns eine große Bedeutung, und wir wünschen nur, die Gewerkschaften in England würden ebenfalls wirtschaftspolitische Einsicht wie unsere deutschen Gewerkschaften aufbringen und in ähnlicher Richtung arbeiten. Dann wären Erfolge auf diesem Gebiet auch auf englischer Seite zu buchen.

Internationaler Gewerkschaftsbund

In Genf fand am 22. und 23. Oktober eine Vorstandssitzung statt, in der sämtliche Mitglieder anwesend waren. Zum ersten Male nahmen der Vertreter Italiens im Vorstand, d'Aragona, und der Vertreter Spaniens, Caballero, ihre Sitze ein. Es wurde u. a. über die Hilfsaktion für die hungernden Rußland berichtet, über dessen einzelne Details wir in der „Freiheit“ schon Kenntnis gaben. In die Gesamtarbeiterschaft soll weiterhin der Appell gerichtet werden, die Sammlungen für Rußland fortzusetzen. Das Bureau erstattete Bericht über die Sammlungen für die Gewerkschaften in Ungarn. Das Ergebnis erlaube es, daß monatlich 1000 holl. Gulden für ungarische Gewerkschaftsblätter geleistet werden könnten. Es lagen Gesuche der Gewerkschaften von Lettland und Jugoslawien vor, die um finanzielle Beihilfe ersuchten. Beiden soll Hilfe gewährt werden. Der am 28. November d. J. in Aussicht genommene Internationale Gewerkschaftslongtreff wird verschoben und soll am 20. April 1922 in Rom stattfinden. Mitte November wird auf Einladung von Amsterdam eine internationale Konferenz der Bergleute, Transport- und Metallarbeiter stattfinden, die sich mit der Frage der Abrüstung beschäftigen wird.

Gen. Thomas (England) berichtet über seine Mission als Vertreter der englischen Gewerkschaften zum amerikanischen Gewerkschaftslongtreff. Er stieß drüben auf eine unglaubliche Verblindungslosigkeit in internationalen Fragen. Das Bureau wurde ermächtigt, alle Maßnahmen zu treffen, um die amerikanischen Gewerkschaften zu veranlassen, ihre isolierte Haltung aufzugeben. Weitere Berichte lagen aus Spanien vor, wo die Reaktion sehr heftig wütet. Ueber die Haltung der Delegierten zu den Anträgen, die auf der Arbeitskonferenz behandelt werden sollen, werden besondere Konferenzen der Arbeitervertreter und der Experten beschließen. Zum Schluß wurde noch Kenntnis gegeben von der Behandlung der Kriegsbeschädigtenfrage durch das Internationale Arbeitsamt, und eine eigene Kommission wurde zu diesem Zweck eingesetzt.

Gewerkschaftliche Jahrbücher

Den Umfang und die Bedeutung unserer Gewerkschaften im wirtschaftspolitischen Leben veranschaulichen auch die Jahrbücher, die unsere Verbände jährlich herausgeben. Genügten ehemals bloße Kasernenberichte und Mitteilungen über geführte Kämpfe, so leben sich unsere Organisationen heute veranlaßt, ganze Werke vorzulegen, die nicht nur Aufschlüsse über interne Angelegenheiten des jeweiligen Verbandes geben, sondern zugleich als wirtschaftspolitische Nachschlagewerke gelten können. Was hier gesagt wurde, trifft auch auf das eben erschienene Jahrbuch des Fabrikarbeiter-Verbandes, das zum neunten Mal erscheint, zu. Dem Bericht des Fabrikarbeiterverbandes kommt insofern eine größere Bedeutung zu, weil es sich hier um die gewerkschaftliche Ersaffung von größtenteils ungelerten Arbeitern handelt, die an sich schwer zu organisieren sind. Während z. B. in den englischen Ländern die Fachverbände (trade unions) nur gelehrte Arbeiter aufnehmen und die ungelerten ihrem Schicksal überlassen, sind wir in Deutschland gütlicherweise weiter, und

dem Fabrikarbeiter-Verband fällt hier die Aufgabe zu, die Kadern dieser großen Massen sogenannter ungelerten Arbeiter zusammenzufassen.

Der Bericht selbst fängt in seinem politischen Teil mit dem Kapp-Zug an, berührt den Generalstreik zur Abwehr desselben, leitet über zu wirtschaftlichen Fragen und bespricht die einzelnen Wirtschaftsgebiete im Verbandsgebiet. Keine Gewerkschaft hat ihre Wichtigkeit in so vielen Industrien zerstreut wie der Fabrikarbeiter-Verband. Wir wollen hier nur einige wenige aufzählen, die Verbandsangehörigen sind tätig in der Blumen- und Hüttenindustrie der chemischen Industrie in Braunkohlenschwefelereien, in der Kautschuk- und Kalkindustrie, in der ganzen Salinen- und Kohlengewinnungsindustrie. Da aus all dem zu ersehen, daß es schwierig ist, die Mitgliedschaft zusammenzufassen, und es wird im Bericht erwähnt, daß die Aufgabe die Aktivierung der Mitglieder zu variieren, der Verband noch zu lösen hat.

Der Verband zählte 1920 etwa 647 900 Mitglieder mit 705 Jahrestellen und hatte eine Einnahme von 43 763 727 Mark. Die Ausgaben betragen 24 971 123 Mark. In der Bilanz zum 31. Dezember 1920 betrug der Bestand 18 699 293 Mark verbleibend. Wir erwähnen noch weitere interessante Angaben über die Arbeitslosigkeit, die vielfachen Unterhaltungen, die der Verband anwaltet, über Jugendkämpfe und Lohnbewegungen, Unfälle im Verbandsbereich und über die restlichen Listen. Auch die Internationalsverbände in vier Industrien erfahren eine Würdigung aller Dinge, die das Jahrbuch zu einem wertvollen Dokument hienach, das insbesondere von den Verbandsmitgliedern eifrig studiert und gewürdigt werden sollte.

Beamte! Eisenbahner! Arbeiter!

Mittwoch, den 16. November, vormittags 10 Uhr, im Circus Busch am Bahnhof Börse große öffentliche Protestkundgebung gegen die Preiserhöhung der Reichs- und Staatsbetriebe Eisenbahner, erscheint in Wollen!

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Unverantwortliche Treiberereien

Unter den Angestellten im Gastwirtsgerwebe werden Einladungen an die „Arbeiter und Angestellten des gesamten Kartells im Gastwirtsgerwebe“ für eine große öffentliche Versammlung verteilt, die den Eindruck erwecken, als wäre der Einberufung verteilt. Wie uns mitgeteilt wird, ist das nicht der Fall, das Kartell hat von der geplanten Versammlung keine Kenntnis und hat nichts mit der Sache zu tun. Als Referent wird ein Mitglied des Zentralverbandes Schürer angegeben. Wir weisen zur Stunde nicht, wer hinter diesen Machinationen steht, geben aber wohl nicht sehr in der Annahme, wenn wir sagen, daß es dieselben Elemente sind, die im Gasarbeiterstreik eine so able Rolle spielten, die wir bereits gekennzeichnet haben. Diese elenden Treiberereien unverantwortlicher konfusier Elemente müßte nicht nur seitens der Gewerkschaften energig entgegengetreten werden, sondern die Arbeiterschaft in ihrer Masse müßte es endlich einsehen, daß sie sehr schlecht beraten ist, Leute à la Fichtmann zu folgen und ihnen ihre Interessenvertretung anzuvertrauen. Politischen Freideutern das Handwerk zu legen, müssen sich die Gewerkschaften an ihrer selbst wissen angelegen sein lassen.

Zum Streik bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

Eine Rieserversammlung der Stellenbesitzer bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besaßte sich am Montag mit der Lage Referenten sowohl wie sämtliche Diskussionsredner knüpften an die Wiederaufnahme der Arbeit die Bedingungen, daß 1. die Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungs- und Gesamtdirektoriums vom 7./8. Juni d. J. garantiert werden, 2. daß Maßregelungen irgendwelcher Art aus Anlaß des Streiks nicht erfolgen dürfen, 3. daß das Arbeitsministerium eine bindende Erklärung darüber abgibt, was mit den Angestellten geschehen soll, die bei einer Personaleinsparung zur Entlassung kommen. Bei sechs Stimmenthaltungen lagte die Versammlung einen entsprechenden Beschluß. Die Spitzenorganisationen, die Unterstützung zugesagt haben, wurden von der Versammlung beauftragt, sofort mit dem Arbeitsministerium Verhandlungen zu führen. — Zu berichten noch, daß unter braudendem Beifall der Versammlung der Genosse Fick für ihre Rede im Reichstag über die Besoldungsfrage der Beamten, wärmsten Dank ausgesprochen wurde. Diese Rede wird von den interessierten Körperschaften in Druck gegeben werden und zur Verteilung gelangen.

Metallarbeiterstreik in Düsseldorf

Wie wir bereits berichtet haben, drohte in der Düsseldorf Hütten- und Metallindustrie ein schwerer Kampf auszubrechen. Inzwischen liegt diese gesamte Industrie bereitstill. Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 50 000. Die Streikursachen liegen in den schlechten Verdiensten. Verhandlungen wurden schon vor 14 Tagen abgebrochen, weil die Forderungen der Arbeitgeber die Arbeiterschaft nicht zufriedigte. Ein gefällter Schiedsspruch, der eine kleine Lohnaufbesserung vorsah, wurde am Mittwoch, den 8. 11., einer Urabstimmung abgelehnt. Am Freitag, den 10. 11., traten nochmals die Funktionäre zusammen, um zu dieser Entscheidung Stellung zu nehmen. Mit überwältigender Majorität wurde darauf beschlossen, am Montag die Arbeit niederzulegen. Der Regierungspräsident hat beiden Parteien keine Vermittlung angeboten.

Untere Beamte und Besoldungsordnung. Der Deutsche Eisenbahner-Verband teilt uns zu unserem in Kapp-Gebrachten Bericht mit: Die vom Deutschen Beamtenbund herausgegebene öffentliche Protestkundgebung der Besoldungsgruppen I bis VIII fand nicht öffentlich, sondern nur als Mitgliederversammlung statt, in der man anders organisierte, d. h. organisierte Beamte und deren Organisationsvertreter nicht ließ. Es fand eine harte Kontrolle der Mitgliedsbücher der Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Organisationen statt. Das sind ja merkwürdige Methoden der dem Beamtenbund angehörigen Organisationen. Die Besoldungsordnung ist doch Privatangelegenheit einer Organisation, sondern berührt die staatlichen Angehörigen die, wenn sie schon getrennt wirtschaften doch gemeinsam kämpfen müssen. Mitarbeiter aber anzuschließen, wie in diesem Falle, ist ebenso unklug wie unheimlich.

Zur Lohnbewegung in der Lederwarenbranche. In einer belustigten Verammlung der Postkassierer, Tischler, Kofferherren in Boekers Festen, berichtete der wichtigste Stimme über das Ergebnis der letzten Lohnbewegungen. Der abgeschlossene Nachtrag des Reichstarifvertrages ist nicht, und es wurden von dem Zentralrat für einen zentralistischen Verhandlungen beantragt. Die Arbeitgeber verbänden sich zu einem dreiprozentigen Zuschlag, ungeachtet der guten Konjunktur im Gewerbe und der zahlreichen Anträge, die nicht empfohlen werden konnte. Die Verhandlung nahm einen Antrag an, der höhere Bezüge vorsieht und die Lohnoberburden ab Montag nicht mehr gemacht werden sollen. Am Donnerstag, den 17. November, findet eine Vertreterversammlung der Branche statt. Entscheidungen ergaben noch nicht. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Gewerkschafts-Interkommissionen treffen. Am Mittwoch, den 16. November, vormittags 10 Uhr findet bei der G. E. S. eine wichtige Sitzung statt. Sämtliche Delegierte unbedingt erscheinen. Der Obmann.